

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117.

Dienstag, den 21. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Bethmann-Hollweg verteidigt sich.

Der Reichskanzler fühlt die Verpflichtung, sich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wegen des kindischen Parlamentsstreiks vom Freitag zu verteidigen. An der Spitze der Sonnabendausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ befindet sich folgender offizieller Gruß: „In der gestrigen Sitzung des Reichstags hat sich ein Vorgang abgespielt, der aus dem gewöhnlichen parlamentarischen Rahmen herausfällt und der, wie sich aus mehreren Zeitungsberichten ergibt, nicht überall richtig dargestellt wird. Wir stellen daher den tatsächlichen Verlauf fest. Der Abg. Scheidemann als erster Redner kam in seinen Ausführungen, die von Anfang an von ungebührlichen Wendungen ströhten und mehrfach vom Präsidenten gerügt wurden, auch auf die Straßburger Äußerungen des Kaisers zu sprechen und gebrauchte in diesem Zusammenhang Schmähungen gegen Preußen, die selbst aus dem Munde eines Sozialdemokraten im Reichstage bisher unerhört waren. Als statt des von einem großen Teile des Hauses erwarteten Ordnungsrufes vom Präsidenten nur eine Mahnung zur Mäßigung erfolgte, sah sich der Reichskanzler mit sämtlichen Vertretern des Bundesrats veranlaßt, den Saal zu verlassen. Nachdem der Abg. Scheidemann seine Rede beendet hatte, erteilte ihm der Präsident für jene Beschimpfung nicht einen Ordnungsruf, sondern beschränkte sich auf eine hypothetische Form der Zurechtweisung. Nach genauerer Durchsicht des Stenogramms überzeugte sich der Präsident später davon, daß diese Stelle der Scheidemannschen Rede Ausdrücke enthielten, die Preußen auf das schwerste beleidigten, und sprach nunmehr nachträglich den Ordnungsruf gegen den Abgeordneten aus. Danach kehrten die Mitglieder des Bundesrats und der Reichskanzler wieder in den Saal zurück. — Das Verlassen des Saales war allgemein als die schärfste Form des Protestes gegen eine unqualifizierbare Ausschreitung aufgefaßt worden. Die bürgerlichen Parteien gaben ihre Übereinstimmung mit dem Reichskanzler durch den starken Beifall kund, mit dem sie die einleitenden Worte der Kanzlerrede unterstrichen.“

Bethmann-Hollweg scheint seiner Demonstration nicht allzu viel Kraft zuzutrauen, wenn er es für notwendig hält, sie nachträglich noch eingehend zu erklären und zu verteidigen. Und er hat gute Gründe zu diesem geringen Selbstvertrauen in die Wirkung seines Auszuges. Kein verständiger Mensch wird sich aufregen wegen der sogenannten Schmähungen Preußens. Preußen kann gar nicht mehr gehöhrt werden, als durch die Staatsmänner, die in verböhrteter Rückständigkeit jeden auch den kleinsten Fortschritt in Preußen verhindern. Nicht diejenigen schmähen Preußen, die die Wahrheit über die traurigen politischen Zustände in dem „führenden Staat“ des Reiches aussprechen, wohl aber Bethmann und seine Junkergarde, die eine zeitgemäße Wahlreform verhindern, obwohl sie in der Thronrede versprochen war, die die Verwaltungsdiktatur der Polizei und Landräte verteidigen, auch wenn sie noch so stark jedem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, die die spezifisch-preussische Justiz verteidigen, der die deutsche Rechtsprechung den Verlust ihres Ansehens verdankt. Das sind „Schmädhungen“ des preussischen Ansehens, die kein deklamatorisches Wortgeschwafel abwäscht, Schmähungen, die nicht verwischt werden können, wenn verletzter Preußenstolz gemimt wird, vom Reichskanzler und seiner bundesrätlichen Trabantenchar. Das preussische Volk wird diese Schmähungen zur gegebenen Zeit zurückweisen verstehen.

Besonders späßhaft ist, daß die „Post“ noch mit dem Kanzler darüber in Konflikt gerät, daß er zu wenig die Rechte Preußens und des Kaisers gewahrt habe. Bethmann-Hollweg, der schon den Grafentitel für seine heidenhäftige Führung der deutschen Politik in der Tasche hat, wird als ein Kanzler bezeichnet, der seinen Kaiser verließ. Erregt antwortet darauf Bethmann-Hollweg in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, das sei eine „Verwilderung der politischen Sitten. Der Mann, der solches schreiben konnte, habe weder die Rede des Kanzlers gelesen, noch sich über die Vorgänge im Reichstag informiert. Die „Post“ bemerkt dem entrüsteten Kanzler höhnisch:

„Wenn überhaupt von einer Verwilderung der politischen Sitten gesprochen werden kann, so glauben wir, daß diese wohl in erster Linie darin zu erblicken ist, wenn heutigen Tages maßgebende Persönlichkeiten sich nicht scheuen, nationale Zeitungen und vor allem Preisse, die ihnen un bequem sind, auf Schleichwegen und mit Mitteln zu bekämpfen, die als politisch wohlstandig und geistlich schlechterdings nicht mehr bezeichnet werden können! Wir wollen uns deshalb mit dem halbamtlichen Blatt nicht weiter in einen Streit über den Begriff der politischen Sitten einlassen, da wir es nicht für kompetent ge-

nug halten, in dieser Frage ein maßgebendes Urteil abzugeben, und wir begnügen uns damit, dem Blatte zu empfehlen, zunächst einmal gefälligst und gründlichst vor seiner eigenen Tür zu kehren.“

Wir wollen uns in den Familienstreit der beiden edlen Organe nicht weiter einmischen; sie müssen selbst am besten wissen, was sie wert sind.

## Eine allgemeine Finanzdebatte

entspann sich in der letzten Sitzung der Budgetkommission des Reichstages. Genosse Südekum forderte die Einführung von Besitzsteuern, und zwar einmal, um Deckungsmittel zu erhalten, dann aber auch, um vorhandene indirekte Steuern aufzuheben. Die Aufhebung des Branntweinkontingents bedeute auch weiter eine Sonderbelastung sowohl des Trinkbranntweins, wie auch des technischen Spiritus. Verlangt wurde ferner, daß die Überschüsse aus dem Jahre 1911 auch tatsächlich zur Schuldentilgung verwendet werden, nicht aber als Etatmittel Verwendung finden. — Die Volksparteiler brachten folgenden Antrag ein: „Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. Änderung des Erbschaftsteuergesetzes, wie er dem Reichstage bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. Januar 1913 in Kraft treten kann.“ Hierzu wurde noch ausgeführt, die von der Regierung und den Mehrheitsparteien jetzt beliebte Methode, bestimmte Steuern einfach zu „stünden“, um rechnerisch Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen, müsse energig bekämpft werden; schon deshalb, um nicht wieder in die alte Schuldenwirtschaft zu geraten. Der unsolide Finanzplan der Regierung sei nicht akzeptabel. — Schatzsekretär Kühn bespricht, daß die Neuregelung der Branntweinbesteuerung infolge dauernden Minderkonsums dem Reiche Mehreinnahmen nicht bringen werde. Der Konsum werde sich, selbst wenn er momentan zurückgehen sollte, schon wieder heben. — Abg. Erzberger trat dafür ein, daß die etwa auf 230 Millionen sich belaufenden Überschüsse des Jahres 1911 einstmals in der Reichshauptkasse verbleiben, um die Betriebsmittel des Reiches zu erhöhen, ferner, damit die Überschüsse nicht in die Kassen der Bundesstaaten wandern für ungedeckte Matrikularbeiträge. — Abg. Roland-Lücke wollte anfänglich von den 230 Millionen Überschüssen 100 Millionen zur Schuldentilgung verwenden, stimmte aber nunmehr dem Vorschlage Erzbergers zu.

Zu dem Antrage der Volksparteiler brachten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder für den Fall der Annahme folgenden Antrag ein: „In dem Gesetz ist vorzusehen, daß die Höhe der Steuerquoten alljährlich durch den Reichshaushaltsetz festzulegen ist.“

Die Bestimmungen des Ergänzungsetzes wurden gegen die sozialdemokratischen und volksparteilichen Stimmen angenommen.

Es folgte die Beratung eines von den Nationalliberalen und dem Zentrum gemeinsam gestellten Antrages, der folgenden Wortlaut hat: „Die im Artikel V des Gesetzes, betreffend die Änderungen im Finanzwesen vom 15. Juli 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 743) vorgesehene Ermäßigung der Zuckerversteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft. Ein Gesetzentwurf über eine allgemeine Besteuerung des Besitzes ist dem Reichstage bis zum 30. April 1913 vorzulegen.“

Abg. Basser mann führte zur Begründung aus, daß der Antrag den Zweck verfolgt, eine Besitzsteuer vorzubereiten, die innerhalb Jahresfrist zu schaffen sein werde. Welcher Art die zu schaffende Besitzsteuer sein werde, und welches Schicksal sie im Reichstage haben werde, sei natürlich noch ungewiß. — Abg. Fischer begründet die volksparteiliche Resolution, die eine Änderung des Erbschaftsteuergesetzes fordert. Die allgemeine und unbestimmte Fassung des Antrages der Nationalliberalen und des Zentrums sei nach den Erfahrungen des Jahres 1909 nicht akzeptabel. Damals seien vorgeschlagene Besitzsteuern in Verkehrssteuern umgewandelt worden. Der Reichstag müsse klar aussprechen, was werden soll. Es bliebe vorläufig nur die Erbschaftsteuer nach dem Muster der Vorlage von 1909. Der sozialdemokratische Zusatzantrag sei bedenklich, weil eine solche Steuer kaum quotifizierbar sein werde. — Abg. Ledebour gab zu, daß nicht mit bestimmter Sicherheit der Antrag einer Erbschaftsteuer vorauszusetzen sei; aber im allgemeinen könne man auch bei dieser Steuer mit bestimmten Erträgen rechnen. Die Quotifizierung gäbe dem Reichstage die Möglichkeit, jährlich auf die Höhe der Einnahmen Einfluß zu erlangen, also sein Budgetrecht zu steigern. — Schatzsekretär Kühn betonte, daß allgemein die Besitzsteuerfrage aufgerollt werden müsse, denn es sei auf die Hoheitsrechte der

Bundesstaaten Rücksicht zu nehmen. Am zweckmäßigsten sei daher die Annahme des Kompromißantrages. Nicht zu empfehlen sei die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene jährliche Quotifizierung einer zu schaffenden Besitzsteuer. — Abg. Erzberger trat für den Kompromißantrag deshalb ein, um die Einigkeit, die bei Annahme der Rüstungsvorlagen unter den bürgerlichen Parteien vorhanden war, auch bei der Deckungsvorlage herbeizuführen. Das werde bei Schaffung einer Besitzsteuer möglich sein. Wie sie aussehen werde, könne heute nicht vorausgesehen werden. — Abg. Südekum u. betonte, das besondere Kennzeichen des Kompromißantrages sei, daß die Antragsteller Basser mann und Erzberger sind. In der Branntweinsteuerkommission waren es vornehmlich die Nationalliberalen, die mit dazu beigetragen haben, daß den ostelbischen Schnapsbrennern alle Vorteile der Liebesgabenwirtschaft erhalten bleiben. Nachdem dann für den Spiritus zu gewerblichen Zwecken Milderungen eingetreten sind, stimmten die Nationalliberalen auch für alle anderen Bestimmungen. Das Verfahren in der Branntweinsteuerkommission widerspreche schnurstracks all den von den Parteien vorher abgegebenen Erklärungen. Das Verhalten der Nationalliberalen sei eine Felonie. Von Hoheitsrechten der Einzelstaaten in bezug auf bestimmte Steuerarten könne gar keine Rede sein; allein das Reich habe ein solches Hoheitsrecht. Der Kompromißantrag animiere die Regierung dazu, ein Gemisch von Steuern vorzuschlagen, während z. B. die Erbschaftsteuer ohne jede Komplikation geändert werden kann. Wenn die Sozialdemokraten für den volksparteilichen Antrag stimmen, so nur unter Vorbehalt der Amenierung. — Abg. Westarp will aus politischen Gründen für den Kompromißantrag stimmen. Die Erbschaftsteuer sei unannehmbar; diskutabel dagegen die Vermögenssteuer. — Abg. Mumm trat für Steuern auf Wertpapiere, Dividenden, Spiritus, sowie für die Wehrsteuer ein. — Abg. Gothein betonte das unbegrenzte Recht des Reiches, Steuern jeder Art erheben zu können, ohne Rücksicht auf sogenannte Rechte der Bundesstaaten, und er trat lebhaft für die Änderung der Erbschaftsteuer ein. — Abg. Basser mann glaubt nicht, daß bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage die Erbschaftsteuer durchzuführen sein wird. Ihm entgegnete Genosse Ledebour, eine Mehrheit sei vorhanden, sobald die Nationalliberalen dafür eintreten. Wenn Basser mann jetzt solche Bedenken hege, so sei das ein Beweis dafür, daß Basser mann seiner Gefolgschaft in der Frage der Erbschaftsteuer nicht sicher sei, trotz aller löblichen Worte im Wahlkampfe für die Erbschaftsteuer. Abg. Basser mann erwiderte, für die Erbschaftsteuer seien die Nationalliberalen, in erster Linie aber für eine Vermögenssteuer.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Nationalliberalen in erster Linie für die Erbschaftsteuer sich erklären, wenn eine Vermögenssteuer vorgeschlagen wird, wie frühere Vorgänge und Erfahrungen mit den Nationalliberalen beweisen.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Der erste Satz des Kompromißantrages wurde gegen acht Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; der zweite Satz gegen einige konservative Stimmen. Das sozialdemokratische Amendement fand ebenfalls Annahme gegen die Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen. Der Antrag der Volksparteiler fand ebenfalls eine Mehrheit, das sozialdemokratische Amendement dazu wurde jedoch abgelehnt, weil die Volksparteiler in diesem Falle dagegen stimmten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Liebesgabe.

Die Deckungsvorlage gelangte gestern im Reichstag zur zweiten Lesung, nachdem zuvor nach kurzer Debatte die Rechtsverträge Deutschlands mit Bulgarien und der zweite Nachtragsetz erledigt waren. Von einer Deckung der durch die Wehrovorlagen entstandenen Ausgaben kann man in Wirklichkeit nicht mehr sprechen. Zuerst hat die Regierung auf die Verwirklichung der Vermutlichen Absichten verzichtet und den Staatssekretär ausgesetzt, der ihr in der Vertretung soliderer Grundzüge etwas un bequem geworden war. Damals sollte die Branntweinsteuer vorlage immerhin 36 Millionen bringen, während der Rest durch die Mehrüberschüsse aufgebracht werden sollte. Inzwischen hat aber die Kommission auch noch von diesen 36 Millionen reichlich die Hälfte für andere Zwecke in Anspruch genommen, so daß eine weitere Streckung des Etats notwendig geworden ist. Wenn nun wenigstens die Vorlage selbst in ihrem sachlichen Inhalt berechtigt wäre! Das behaupten ja ihre Verteidiger, daß sie die Liebesgabe aufhebt, und Zentrum und Konservative geben sich den Aufchein,



als widerspreche sich die Linke und namentlich die Sozialdemokratie, wenn sie nach ihren früheren Angriffen auf die Liebesgabe jetzt der Beseitigung des Kontingents nicht zustimme. In Wirklichkeit bedeute die Vorlage gar nicht die Ausschaltung eines unerhörten Steuerprivilegs, denn sie läßt die im Laufe der Jahre viel wichtiger gewordenen Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang bestehen. Es ist ein ganz plumper Täuschungsversuch, der hier unternommen wird, teilweise sicherlich in der Hoffnung, das böse Wort von der Liebesgabe werde aus dem politischen Wortschatz verschwinden. Diese Hoffnung wird sich aber als trügerisch erweisen.

Unsere Genossen hatten eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die der Vorlage wirklich einen anderen Charakter geben wollten. Neben der Aufhebung der Verbrauchssteuer, des Durchschnittsbrands und des Vergällungszwanges im geltenden Gesetz beantragten sie auch, daß das Kontingent (außerhalb der Reservestaaten Baden, Württemberg und Bayern) in der Weise beseitigt werde, daß nicht der niedrigere Abgabensatz von 105, sondern der höhere von 125 aufgehoben werde. Diese Beibehaltung nur des unteren Steuerfußes hätte einmal den Erfolg gehabt, daß der Spirituspreis zum Sinken gebracht worden wäre, und zum andern machte er den Weg frei für die Erbschaftsteuer. Denn nachdem aus dem Gesetz selbst der erwartete Ertrag nicht mehr hätte erwachsen können, war unsere Fraktion bereit, zum Ersatz für die aufgehobene indirekte Steuer die Erbschaftsteuer zu bewilligen. Allein wie in der Kommission, so vergaßen auch im Plenum die Nationalliberalen all die Versprechungen und all die großen Reden, die sie während des Wahlkampfes über die Erbschaftsteuer verbrochen haben. Sie stimmten zum größten Teil gegen unseren Antrag und brachten damit, gerade so wie neulich in der Budgetkommission, die Erbschaftsteuer zu Fall. Ebenso stimmten sie gegen unseren Antrag, die von der Kommission zugunsten des technischen Spiritus abgezogenen 16 Millionen für die Erhöhung der Beihilfen an die Kriegsteilnehmer und für die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf das 65. Lebensjahr zu verwenden. In der Generaldebatte, die zu dem § 1 stattgefunden hatte, waren unsere Redner Dr. Südekum, Dr. Weill und Wurm vergeblich bemüht gewesen, in ausführlichen und absolut einwandfreien Darlegungen die Mehrheit zu einer besseren Überzeugung zu bringen. Das Kompromiß war nun einmal zwischen dem schwarzblauen Block und der großen Mehrheit der von den Großbrennern Paasche und Siegfried geführten Nationalliberalen fertig, und diese Mehrheit ließ sich nirgends und in keinem Punkte hören. Ein einziger Abänderungsantrag, die Vergünstigung für das Kleinweiß auszunehmen, der von dem Genossen Davidson begründet war, wurde angenommen. Alle anderen fielen dem unerbittlichen Nichtschwert zum Opfer, das die kompakte Mehrheit führte. Selbstverständlich wurden von dieser Majorität abgelehnt diejenigen unserer Anträge, die prinzipielle Bedeutung hatten und die wir oben angedeutet haben. Aber auch die kleinsten und bescheidensten Modifikationen fanden keine Gnade, mochten sie noch so berechtigt sein. Den Standpunkt unserer Fraktion zu den einzelnen Paragraphen und unsere Auffassung, wie sie in den Abänderungsanträgen ausgedrückt war, vertrat unsere Genossen Peiries, Dr. Südekum, Dr. Weill und Wurm.

Nur in einem Punkte — außer dem Kleinweiß — wurde das Gesetz amendiert; die Kommission hatte eine Bestimmung aufgenommen, wonach das Kontingent (in den Reservestaaten, wo es allein noch bestehen bleibt), auf höchstens 3000 Hektoliter begrenzt werden solle. Diese Änderung, die den Großbrennern im Süden begreiflicher Weise sehr auf die Nerven gegangen war, wurde von der Mehrheit wieder ausgeschaltet, nachdem das Zentrum entgegen seiner Haltung in der Kommission sich wieder zum großen Heerhaufen zurückgefunden hatte.

So ging es weiter in unwürdigen Eiltempo, bis nach 8 Uhr der Präsident verkünden konnte, daß die zweite Lesung der Novelle zur Branntweinsteuer beendet sei. Heute stehen kleine Vorlagen, Statistiken, Wahlprüfungen und Petitionen und die Beihilfenresolution auf der Tagesordnung. Die Sitzung beginnt bereits um 11 Uhr. Mittwoch, spätestens Donnerstag wird das Haus in die große Sommerpause eintreten.

#### Wahlrechtstag im preussischen Dreiklassenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag unter starker Besetzung des Hauses und der Tribünen die Beratung der Wahlrechtsanträge. Die Regierung dokumentiert äußerlich ihre Abneigung gegen jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts dadurch, daß kein Vertreter von ihr im Saal erschien. Der Präsident, der offenbar fürchtete, daß irgendwelche Störungen eintreten könnten, hatte strenge Sperrmaßregeln angeordnet, die auch strikte durchgeführt wurden; nur wer eine Karte hatte, fand Zutritt zum Hause.

Zunächst beantwortete Abg. Wiemer den fortschrittlichen Antrag auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ebenfalls auf Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe. Nach ihm begründete der nationalliberale Abgeordnete Dr. Lohmann den Antrag seiner Freunde.

Nach der Begründung der Anträge ergriff zunächst zur Geschäftsordnung Gen. Hirsch das Wort zu folgenden Ausführungen: „Art. 60 Ziffer 2 der Verfassung lautet: Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Namens meiner Freunde beantrage ich, entsprechend diesem Artikel die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern zu verlangen und bis zu dem sofort zu veranlassenden Erscheinen der Minister die Verhandlungen auszusetzen. Die Wichtigkeit der Frage und die Wichtigkeit der politischen Pflichten, die der Regierung durch ihre verantwortlichen Minister obliegen, zwingen uns zu unserem Antrage. Wir erblicken in dem Nichterscheinen zudem eine schwere Beleidigung des preussischen Volkes.“

Für den sozialdemokratischen Antrag erklärten sich nur die Fortschrittler, während die beiden konservativen Parteien, das Zentrum und die Nationalliberalen sich dagegen aussprachen. Ein Bericht, über den Antrag eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, schenkte daran,

daß die Sozialdemokraten die genügende Anzahl von Unterschriften nicht aufbringen konnten; sogar von den Fortschrittlern unterstützten nur sehr wenige den Antrag auf namentliche Abstimmung. Der Antrag selbst auf Erscheinen der Minister wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Dänen und Fortschrittler abgelehnt.

Das Resultat der Debatte ist, um es gleich vorweg zu nehmen, die Ablehnung sämtlicher Anträge. Zunächst wurde der fortschrittliche Hauptantrag auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gegen die Stimmen der Fortschrittler, Sozialdemokraten, Dänen, Polen und des Zentrums abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde der Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise. Hierfür stimmten nur Fortschrittler, Nationalliberale und Sozialdemokraten. Für den nationalliberalen Antrag auf Einführung eines Mehrwahlrechts erhoben sich nur die Antragsteller. Auch der fortschrittliche Eventualantrag (Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe) fand keine Mehrheit. Hierüber wurde namentlich abgestimmt. Für den Antrag stimmten 158, dagegen 188 Mitglieder. Die Minderheit setzte sich zusammen aus der gesamten Linken, den Polen, Dänen und dem Zentrum, doch war das Zentrum außergewöhnlich schwach vertreten, es fehlten mindestens 40 seiner Mitglieder, und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine planmäßige Abkommandierung stattgefunden hat, um ein Votum des Hauses für die direkte und geheime Stimmabgabe zu hintertreiben. Das Zentrum hat hier dasselbe heuchlerische Spiel getrieben, wie auch schon früher, namentlich bei der letzten Wahlrechtsvorlage.

Die Debatte selbst gestaltete sich stellenweise recht stürmisch. Nach den Antragstellern, Abg. Wiemer und Lohmann kam zunächst Genosse Peinert zu Worte, der die ganze Schändlichkeit des Dreiklassenwahlrechts darlegte, keine Entschädigung schilderte, am Wahlsystem und seinen Folgen beizuhelfen, Kritik übte, um schließlich mit denjenigen abzurechnen, die aus der neuen Reichstagsrede unseres Genossen Scheidemann Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen suchten. — Ihm erwiderte Abg. Dr. v. Heydebrand, der sich gegen jede Wahlrechtsreform wandte, in der Hauptsache aber nicht über das Wahlrecht sprach, sondern eine Schimpfkanonade gegen die Fortschrittler und gegen die Sozialdemokraten losließ. Zunächst nahm er sich die Fortschrittler vor, denen er ihr Wahlresultat mit den Sozialdemokraten nicht verzeihen kann. Er machte hierbei die interessante Enthüllung, daß die Fortschrittler zu gleicher Zeit auch mit den Konservativen angebandelt hätten; leider blieb er den Beweis für seine Behauptung schuldig, sodaß wir sie auf ihre Richtigkeit hin nicht nachprüfen können. Trotz aller Zurufe konnte er sich nicht dazu verstehen, auch nur den Schimmer eines Beweises dafür beizubringen. Gegen die Sozialdemokraten zog er das stärkste Geschütz auf, und ganz besonders wandte er sich gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses, ein Verhalten, das umso mehr zu verurteilen ist, als er genau wußte, daß seine Freunde den so schimpflich angegriffenen Mitgliedern die Gelegenheit zur Erwiderung nehmen würden.

Nach Heydebrand sprachen noch Abg. Herold (Z.) und Abg. Korfanty (Vole) für das Reichstagswahlrecht, während Abg. Frhr. v. Jedlich (reichl.) unter den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie jede Wahlrechtsreform bekämpfte. — Hierauf wurde die Debatte gewaltsam geschlossen; nur die Abg. Dr. Paasche (Vpt.) und Dr. Friedberg (Vl.) erhielten noch das Wort. Die Abstimmung ergab das oben mitgeteilte Resultat. Die Regierung wird also allen Anforderungen auf eine Reform des Wahlrechtes gegenüber sich auf das Votum des Hauses stützen, ein Votum, das nur durch die verräterische Taktik des Zentrums zustande gekommen ist. Denn tatsächlich würde sich selbst in diesem Hause mit dem Zentrum eine Mehrheit zusammenfinden für das geheime und direkte Wahlrecht.

Donstag wird das Haus unter anderem sich mit den Strafanträgen gegen den „Vorwärts“ und gegen unsere Genossen Borchardt und Peinert beschäftigen.

#### Die Mobilmachung der heiligen Jungfrau gegen die deutsche Zentrumspartei.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte unlängst einen Werbezettel der katholischen Aktion für Deutschland veröffentlicht, in dem den Mitgliedern der Aktion zur Pflicht gemacht wurde, auf die Zeitschrift „Das katholische Deutschland“ zu abonnieren und täglich ein Vaterunser und Ave Maria zu beten, mit dem Injah: Heilige Jungfrau Maria, Königin der katholischen Aktion, bete für Deutschland.

Dazu äußert sich die „Rheinische Volkszeitung“ in einem „Religiös-politische Schwärmgeister“ überschriebenen Artikel folgendermaßen: Die Sache kam uns so unglaublich vor, daß wir uns erst dazu äußern wollten, nachdem wir in den fraglichen Werbezettel selbst Einsicht genommen hatten. Leider findet darin die Mitteilung des erwähnten Blattes volle Bestätigung. Schon häufig mußten wir feststellen, daß Hyperkatholiken, wie sie in der katholischen Aktion ihr Wesen treiben, den Papst gegen die deutschen Katholiken auszuspielen versuchten. Jetzt geht man bereits dazu über, die Mutter Gottes gegen das deutsche Zentrum auszuspielen und man verordnet Gebete, die das religiöse Leben des katholischen Volkes in die Potemkin einer Sonderaktion hineinziehen sollen. Das ist ein Unfug der schlimmsten Art. Den Wortführern der katholischen Aktion fehlt alles und jedes Recht, auf eigene Faust Gebete dieser Art zu verordnen. Sie begeben sich damit auf ein Gebiet, das keiner anderen, wie der unmittelbaren und ausschließlichen Leitung der kirchlichen Autorität untersteht. . . . Man sieht, wie die schleppische katholische Aktion sich immer deutlicher aus einer politischen in eine religiöse Schwärmgeister auswächst. Dafür sprechen auch noch andere Beweise, auf die wir nötigenfalls zurückkommen werden.

#### Holland und die Schiffsabgaben.

Die Anträge, die Gen. Frank im Reichstag an die Regierung richtete, um zu erfahren, wie sich Holland an den geplanten Schiffsabgaben stellt, veranlaßt einen Amsterdamer Mitarbeiter der „Frischen Zeitung“

folgende Bemerkungen in dem genannten Blatte zu machen:

„Was den ersten Teil der Frage betrifft, ob Holland seine Zustimmung zur Erhebung von Rheinzöllen gegeben habe, so weiß man, daß der Standpunkt der holländischen Regierung nach wie vor ein absolut ablehnender ist und daß Regierung, Volksvertretung und die öffentliche Meinung ausdrückliche Presse ohne Unterschied des Parteistandpunktes in diesem Punkte so vollständig übereinstimmen, daß eine Regierung, welche zu Zugeständnissen bereit wäre, einen außerordentlich schwierigen Stand hätte. Hinsichtlich der weiteren Anträge, ob zwischen Berlin und Haag Unterhandlungen stattgefunden hätten, wird man wohl nicht fehl gehen, wenn man der Meinung ist, daß ein Meinungs-austausch zwischen den beiderseitigen Regierungen doch stattgefunden hat, denn es wäre doch zu absurd, im Ernst annehmen zu wollen, daß bei einer Frage, welche die wirtschaftlichen Interessen des einen Teils in so hervorragender Weise trifft, mit diesem noch keine Verhandlungen eingeleitet worden sind. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß man hier der weiteren Entwicklung der Dinge mit fast unbegreiflicher Gleichgültigkeit gegenübersteht.“

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donstag, den 21. Mai.

Die Bürgerschaft trat gestern nach einer längeren Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Eine Reihe wichtiger Anträge standen auf der Tagesordnung, wurden allerdings nicht sämtlich erledigt. Zunächst wurde dem verstorbenen Senator Dr. Klug ein Nachruf gewidmet. Dann wurde, entgegen dem Widerspruch unserer Fraktion, ein sogenannter dringlicher Antrag verhandelt, der dem Pastor Evers Gelegenheit gab, eine Antifeskulturrede vom Stapel zu lassen. Trotzdem er wiederholt versicherte, daß die evangelische Kirche die Jesuiten nicht zu fürchten brauche, will er doch das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten bestehen lassen. In kurzen Worten legte Genosse Stelling den Standpunkt unserer Partei dar und ersuchte um Ablehnung des von Evers gestellten Antrages. Vergebens! Mit großer Mehrheit fand derselbe Annahme.

Bei der Beratung der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde und Grevenhagen montierte Genosse Wittfoot mit Recht, daß Ärzte und deren Familien von der Zahlung der Kurtaxe befreit sind. Er beantragte die Beseitigung dieses ungerechten Zustandes. Trotzdem stichhaltige Gründe gegen den Antrag von keiner Seite geltend gemacht werden konnten, lehnte die Bürgerschaft den Antrag unserer Genossen ab.

Der Senatsantrag auf Bewilligung von Mitteln für die Einplanierung von Lagerplätzen auf der Wallhalbinsel gab Genossen Ehlers willkommenen Anlaß zu einer Kritik der Mißstände, wie sie sich beim letzten Großfeuer am Hafen herausgestellt hatten. Bekanntlich konnten damals die Spritzenwagen nicht an die Brandstelle gelangen, weil die Drehbrücke nicht geöffnet werden konnte. Vom Senatliche wurde hierauf erklärt, daß bereits Abhilfe geschaffen sei.

Den wesentlichsten Raum nahm in den gestrigen Verhandlungen die Senatsvorlage auf Schaffung eines Einheitspreises für Gas und Elektrizität ein. Bekanntlich werden heute für den Bezug von Kochgas 12 und von Leuchtgas 18 Pfg. pro Kubikmeter erhoben. Der Senat will einen Einheitspreis von 14 Pfg. haben und lehnt eine weitere vom Bürgerausschuß gewünschte Herabsetzung dieses Preises ab. Der von unserer Fraktion vertretene und vom Genossen Hoff gestern begründete Standpunkt gipfelt darin, den Einheitspreis möglichst auf 12 Pfg. zu bemessen, unter keinen Umständen aber über 13 Pfg. hinauszugehen. Die Fraktion ist der Ansicht, daß ein Einheitspreis sehr wünschenswert ist, daß er aber nicht geschaffen werden sollte auf Kosten derjenigen Kreise, die in der Hauptsache Kochgas verbrauchen. Wenn sie trotzdem erst auf 13 Pfg. hinaufgehen will, dann aus dem Grunde, um den Einheitspreis, der ja den Beziehern von Leuchtgas wesentliche Vorteile bringt, zu erreichen. Nach langer Debatte wurde mit einer Stimmenmehrheit Kommissionsberatung beschlossen. Hierbei kam es zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen. Der Wortführer hatte, entgegen sonstiger Gepflogenheit, während der Abstimmung noch im Vorraum weilende Bürgerschaftsmitglieder in den Saal hineingelassen und dann die Abstimmung wiederholt. Gegen dieses Verfahren protestierten die Genossen Stelling und Ehlers, sowie mehrere Herren der bürgerlichen Linken. Als der Wortführer in diktatorischer Weise die Richtigkeit seines Vorgehens betonte, fiel vom Genossen Stelling der Zwischenruf: „Preussisches Abgeordnetenhaus.“ Wegen dieser Worte erfolgte prompt ein Ordnungsruf vom Wortführer, der damit auf diese Weise das Vorgehen des Präsidenten Erffa gegen die Genossen Borchardt und Peinert verurteilte und es ablehnt, mit der Gesellschaft im Dreiklassenparlament auf eine Stufe gestellt zu werden. Trotzdem war der Ordnungsruf durchaus nicht am Platze.

Es versteht sich, daß von den beiden gestern zu wählenden Kommissionen die Sozialdemokraten ausgeschlossen wurden. Für die Geldsack-Bürgerschaftsmehrheit sind die zweiklassigen Wähler Lübecks und deren Vertreter Lust!

Um 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

**Zahlst Steuern.** Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1912/13 ist von den Steuerpflichtigen welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz sind, in der Zeit vom 21. bis 31. Mai 1912 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen in die Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Zu den Bricmarckensalshungen wird weiter berichtet daß nunmehr auch der mutmaßliche Helfershelfer des zuerst verhafteten Kaufmanns Klöcking aus Kostock festgenommen werden konnte. Er nennt sich Carl Röper und will aus Dahleburg bei Lüneburg gebürtig sein. Es wurde bei ihm



ein Märchenbuch mit vielen Falschkläden gefunden. Man glaubt, daß der Name Köper singiert ist und es sich um einen Märchenfächer handelt, mit dem Ködinger wegen derartigen Schwindelen in Frankfurt a. M. verurteilt worden ist. Stempel wurden bei Köper nicht gefunden, doch glaubt man, daß er solche besitzt, da er die Angabe seiner Wohnung verweigert, wahrscheinlich, um weitere Nachforschungen zu verhindern.

**Versuchte Flucht aus dem Eisenbahzuge.** Die Schneidlerin Martha Blumenhagen, die am 11. Mai von der Kieler Strafkammer wegen Diebstahls und Betrugs in mehreren Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und hier in Lübeck eine einjährige Zuchthausstrafe in der vorigen Woche zuerbittet erhielt, sollte Montag zur Strafverbüßung nach Lübeck transportiert werden. Unterwegs ist sie während der Fahrt aus dem Zuge gesprungen und dabei schwer verletzt worden.

**Zu dem Unfall in den Lubeca-Werken,** über den wir am Freitag berichteten, wird uns noch mitgeteilt, daß der Verletzte nicht Horn, sondern Hahn heißt und daß er, entgegen unserer ersten Meldung, bereits früher an Stenzen beschäftigt war.

**Frühgezeichnete Zimmer.** „Alles neu macht der Mai“ — aber nicht nur in Wald und Flur, sondern auch in Haus und Hof. Da wird ausgebeißert, gepuht, neu angestrichen, damit zu Pfingsten, dem „Heblischen Fest“, wie die Natur, alles in neuem Farbenkleide prange. Hier ist es angezeigt, davor zu warnen, frischgezeichnete Wohnräume nicht eher wieder zu benutzen, besonders nicht darin zu schlafen, ehe sie nicht vollständig ausgetrocknet sind, da man sonst durch die Ausdünstung der oft nicht unglücklichen Farben-Gesundheitsschädigungen erleiden kann. Das gilt ganz besonders für Räume, in denen mit Ölfarbe gestrichen worden ist. Hier kann sehr leicht eine Terpentinölvergiftung eintreten, deren Folgen sehr oft ganz anderen Ursachen zugeschrieben werden. Angriffe auf die Atmungsorgane, Übelkeit, ja, bei sehr Empfindlichen, selbst Erbrechen können durch solche Terpentinöl- und Farbenvergiftung entstehen. Namentlich Säuglinge sind hier außerordentlich sorgsam zu hüten.

**Das Verletzte der Briefmarken** und gummierten Papierschichten ist unbedingt zu vermeiden, weil damit nicht unweilentliche Gifte verbunden sind. Ganz abgesehen davon, daß zur Herstellung des Gummis keineswegs einwandfreie Flüssigkeiten benutzt werden, können auch an dem trocknen gummierten Flächen selbst so viel Schmutz und so viel Krankheitserreger haften, daß das Verletzte an ihnen zum Zwecke der Verwendung wiederholt als Ursache schwerer Erkrankungen bezeichnet wurde. Durch die Zähne, das Klauen scharf gerosteter Speisen, kleiner Knochen usw. entstehen nur zu häufig an der Zunge minimale Einrisse, die unserer Empfindung vollkommen entgehen, aber immerhin für den Körper Eingangspforten bilden, durch die seine Feinde nur zu reichlich in ihn eindringen können. Und selbst wo diese Möglichkeit fortfällt, muß man doch bedenken, daß beim Anfeuchten eines gummierten Papiers dessen äußere, stets mehr oder minder schmutzige Fläche auf der Zunge selbst zurückbleibt, und wenn Krankheitserreger, besonders Tuberkelbazillen, darauf haften, diese sich sofort mit dem Mundschleim mischen und sowohl im Munde als auch im Magen und schließlich in den in diesen beiden endenden großen Organen, dem Respirationssystem und dem Verdauungsapparat, in Tätigkeit treten können. Es ist daher nicht übertrieben, wenn behauptet wird, so manche ernste Nervenkrankheit, besonders der Kinder, hat in dem Verletzte von Marken und so weiter seine Ursache.

**Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats April 1912.** Die Zahl der Heiratsverträge betrug 127 (1911: 108), die der Lebendgeburt 222 (224) und die der Sterbefälle 181 (146). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 91 (88). Uneheliche Geburten kamen 19 (26) mal vor. Totgeburt wurden 6 (3) mal registriert.

**Schiffsverluste im April.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im April an Dampfern von 100 Brutto-Reg.-t. und darüber 30 Dampfer mit 89 156 t. vollständig verloren gegangen, gegen 27 Dampfer mit 46 485 t. im April vorigen Jahres. An Seglern von 50 Netto-Reg.-t. und darüber sind im April 26 Schiffe mit 16 180 t. vollständig verloren gegangen, gegen 35 Segelschiffe mit 12 700 t. im April v. J. Unter den verlorenen Dampfern befindet sich nur ein deutscher, und zwar der kleine Dampfer „Stadt Kappeln“, welcher, von Kolbing nach Lübeck unterwegs, in der Neustädter Bucht infolge von Eispressung gesunken ist. Unter den Segelschiffen befinden sich zwei deutsche, nämlich der Segler „Marie“, welcher bei der Kolberger Heide gestrandet ist, und das Hamburger Schiff „Oria“, welches am 16. Oktober von Newcastle, N.S.W., abgegangen ist und seinen Bestimmungshafen Coquimbó bis jetzt nicht erreicht hat. — Außer diesen Totalverlusten hatten im April noch 386 Dampfer und 114 Segelschiffe im April 1911.

**Handelsregister.** Am 20. Mai 1912 ist eingetragen bei der Firma Emil Meyer in Lübeck: Dem Herrmann August Friedrich Kahl in Hamburg ist Prokura erteilt.  
**Konkursverfügung.** Über das Vermögen des Kaufmanns R. D. John Jacobsen zu Lübeck, Or. Burgstr. 7, alleinigen Inhabers der Firma John Jacobsen, J. H. Leuschke Nachf., ist am 20. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann D. v. Schack in Lübeck ist zum Konkursverwalter ernannt worden.

**pb. Verhaftungen.** Festgenommen wurden: Ein Hausdiener von hier wegen Hehleret, ein Arbeiter aus Kokitzh i. S. auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Weuthen i. S. und ein Briefmarkenhändler aus Dahlenburg wegen Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung. Ferner ein Zimmermann aus Schwartau wegen Betruges auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Schwartau.

**pb. Flüchtling geworden.** Ein Drofuhrmann, der bei einer hiesigen Firma angestellt ist, ist nach Unterschlagung von circa 170 Mk. Brotgeld flüchtig geworden. Das ihm anvertraute Fuhrwerk hat er in einem hiesigen Gasthofe stehen lassen.

**pb. Einbruchdiebstahl.** In der Nacht zum 13. d. M. ist eine verschlossene Bude, die in den „Roten-Kreuz-Gärten“ beim Krankenhaus steht, erbrochen und daraus 1 Spaten, 1 breite Hacke, 1 Hobel, Hammer, Zange, Beil pp. gestohlen worden.

**Samburg.** Wegen Mordes und Totschlages zum Tode verurteilt hat das hiesige Schwurgericht am 21. März d. J. den Dienstknecht Herrn Meißner. Nach dem Wahsprüche der Geschworenen ist der Angeklagte für schuldig befunden worden, am 23. Dezember v. J. zu Süderwisch bei Guxhaven den Gastwirt Ulrich vorfänglich getötet und die Tat mit Überlegung ausgeführt zu haben. Bei der Tat gegen die Ehefrau Ulrich haben die Geschworenen nur Totschlag für vorliegend erachtet. Denn hier war es dem Angeklagten in erster Linie um die Kasse, die 200 Mk. enthielt, zu tun und hatte, um den Raub auszuführen zu können, die sich ihm widersetzende Frau niederzuschlagen. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in der er geltend machte, daß das Verfahren, wie es bei seiner Ver-

nehmung zur Sache erfolgt ist gegen das Gesetz verstoße. Denn er habe, da er stark stottert, das, was er sagen wollte, aufgeschrieben, und dieser Zettel sei unzulässigerweise den Geschworenen gezeigt worden. Weiter rügte er u. a., daß die an die Geschworenen gerichteten Straf Fragen inkorrekt gestellt und inkorrekt beantwortet worden seien. Das Reichsgericht hielt jedoch keine der Klagen für begründet und erkannte heute auf Verwerfung der Revision.

**Wandbeset.** Die Ober-Bürgermeisterwahl, welche hier gestern vorgenommen wurde, endete damit, daß der bisherige langjährige Ober-Bürgermeister Rauch abgesetzt und an dessen Stelle der bisherige Bürgermeister Fischer-Forsit gewählt wurde. Das Resultat soll viele Geschlechter verlängert haben.

**Greuelmisset.** Im Streit erstochen wurde gestern ein polnischer Schneider in Neuhof bei Woblich von mehreren seiner Kollegen. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Vorkum.** Koalitionsfeindliche Malermeister. Auf der Insel Vorkum sind die organisierten Malergehilfen ausständig geworden. Die Unternehmer hatten auf den eingereichten Tarifentwurf der Gehilfen nicht nur jedes Verhandeln abgelehnt, sondern sie forderten die sofortige Auflösung der vor kurzem gegründeten Filiale des Malerverbandes. In dem Ablehnungsschreiben, das der Vorsitzende des Unternehmervereins an die Gehilfenorganisation richtete, hieß es:

„Um aber jeder Eventualität aus dem Wege zu gehen, sehen wir uns veranlaßt, Sie aufzufordern, die Filiale des Verbandes Vorkum aufzuheben. Wir wollen es jedem einzelnen überlassen, aus dem Verbands auszutreten, halten es aber für die älteren ansässigen Gehilfen für vorteilhafter, keinem Verbands anzugehören. Sollte die Auflösung der Filiale Vorkum uns nicht bis Sonnabend, dem 18. d. M., mitgeteilt, bzw. Schritte dazu getan sein, so sehen wir uns leider gezwungen, sämtliche dem Verbands angehörenden Gehilfen zu entlassen.“

Unterzeichnet war dies Schreiben von den vereinigten Malermeistern Vorkums. Nach Empfang des Schreibens haben die Maler den Herren sofort die richtige Antwort gegeben; sie legten vollständig die Arbeit nieder, um diesen Gemütsmenschen Achtung vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter beizubringen.

### Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Nachweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)  
Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):
- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmitgliedsbchein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens sozial an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

### Standesamtliche Nachrichten vom 12. bis 18. Mai 1912.

#### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.  
8. Mai. Arbeiter A. H. F. Demm. 11. Bäcker C. G. Hellberg. Wermeister W. E. Loges. 13. Seemaschinist F. L. G. Krüger. 14. Chemiker Dr. phil. C. A. Th. Barlow. Fettpfeilhändler W. F. G. Badstein. 15. Arbeiter F. D. H. Heubert. Arzt Dr. med. W. G. Richter. 16. Feiler W. C. D. Brauer. 17. Arbeiter W. F. Maas. Arbeiter F. R. G. Fischer.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.  
8. Mai. Eisenbahn-Assistent C. G. F. Schulz. 6. Tapezierer Chr. F. D. Buchholz. 8. Bader G. D. Rüsch. Tapezierer und Dekorateur F. G. H. Jürgens. 9. Stellmacher R. W. G. Thormann. Oberlehrer C. B. K. Tittel. 11. Poliermeister G. D. Böhme. Arbeiter A. D. Leppin. Klempnermeister G. F. Chr. Urff. Kunstgärtner M. J. G. Schmidt. 12. Schlosser W. F. F. Rindermann. 13. Mieter F. J. A. Jagim. Aufseher am Museum K. G. Petrick. Postschaffner F. J. W. Puschad. Kaufmann A. G. Kahle. 14. Arbeiter G. F. Chr. Pöhl (Heilschoop). Schlosser C. G. F. Frohrip. 15. Maurer F. G. W. Böhs. Arbeiter A. Chr. Stegemann. 15. Stellmacher C. A. F. Jabel.

#### Angeordnete Aufgebote.

13. Mai. Ingenieur F. R. A. Th. Lemm in Volkenburg a. d. Elbe und G. A. Dil. Buchhalter F. J. W. G. Böttcher und A. J. Polz in Dessau. Rechner M. Böhnert in Hamburg und W. G. F. Wendelborn. 14. Kaufmann F. A. J. L. Schlieper und F. R. Chr. G. Bibow. Arbeiter K. G. F. Schönbeck und W. J. Meyer. 15. Handlungsgeldbesitzer H. D. A. Edler und C. M. Ludowick. Arbeiter F. F. Th. Chr. Rabeburg und W. A. G. J. A. Rahn in Dambek. Versicherungsbeamter W. H. F. Partung in Hamburg und A. J. C. Kröger in Gohmünd.

Kaufmann F. D. Jaedel und M. G. S. Biskow in Köpeln. 17. Expedient H. W. R. L. Martens und B. M. S. Wismann. Bremier A. R. J. Westphal und S. F. D. Westphal in Lehlitz. Bahnarbeiter D. G. A. F. Schuldt in Mesow und B. R. J. Hartmann in Köpeln. 18. Feuerwehrmann R. J. G. Lorenz und M. G. F. Kulow in Siemitz. Rutscher K. G. Chr. Ronnecker in Dorst und W. M. S. Matkahn in Or. Raden. Oberlehrer W. Schwabe und F. G. W. A. Janßen in Essen. Bahnkünstler L. R. J. D. Fehsenfeld und G. K. Dornedden in Charlottenburg. Abteilungsleiter am Museum für Völkereunde in Hamburg Dr. phil. B. Hambruch und B. G. Schmidt. Arbeiter F. G. E. Bött und G. M. Chr. L. Seebrecht.

#### Scheideleistungen.

14. Mai. Kaufmann K. G. F. Schmalfeld und M. G. Chr. Stahberg. Krankenpfleger A. F. W. Notermund und Th. A. A. Bland. 17. Schlosszimmermann J. H. F. Ehlers und F. G. D. M. Schröder. Hofpächter H. J. L. Peters in Stelmoor und G. D. G. Helms. 18. Architekt W. G. Glasmeier in Staffurt und C. A. M. Harms. Gärtner K. Neich und A. M. R. Meß in Krenpelzdorf. Schriftföher M. G. Bonig und A. M. J. Keimers. Arbeiter F. G. Vothstedt und Witwe A. M. M. Draczarczak geborene Gehl. Eisenbahn-Assistent O. G. Thürragel und Witwe E. F. R. Gangel geb. Frenß. Dreher W. G. Seegers und C. M. A. Möller. Steuermann R. M. G. Schumacher und Chr. G. Lammerz. Bäcker G. A. Chr. Müller und M. M. C. Worman.

#### Sterbefälle.

11. Mai. W. A. J. Westphal, 10 Mt. Kaufmann F. J. Krellenberg, 58 J. Rentenempfänger G. J. G. Lampe, 85 J. T. B. F. G. Richthofen, 1 J. G. D. Dittmer, 4 Mt. (Möndhof). Privatmann G. J. F. Reichmann, 64 J. (Schwartau). 18. C. G. M. geb. Köhler. Ehefrau des Bahnarbeiters F. G. F. Sager, 70 J. W. R. G. Wibr, 1 Mt. G. W. Eggert, 10 Mt. G. G. D. Groth, 4 Mt. J. G. E. Beck, 20 J. Ingenieur A. M. W. Admirallie, 61 J. 14. L. Ulrich, 14 St. A. M. D. geb. Harms. Ehefrau des Arbeiters G. J. G. Strübing, 39 J. R. M. R. W. Schlüter, 2 Mt. Maurer F. G. E. Sahlmann, 68 J. 15. A. M. D. geb. Körner. Ehefrau des Altküsters J. G. E. Schröder, 77 J. G. K. Schlag, 4½ J. Hospitalität W. F. Grimm, 74 J. 16. Weichensteller a. D. M. D. G. Franck, 70 J. D. F. R. Frauer, 8 St. G. M. geb. Naue. Ehefrau des Brennmaterialienhändlers M. A. F. Gerber, 24 J. Maschinenbauer F. J. F. G. Granß, 17 J. C. M. M. geb. Decker. Ehefrau des Güterschreibers A. D. Schiller, 26 J. Hand Schuhmachermeister C. W. Abe, 77 J. 17. G. G. G. geb. Boje. Witwe des Lehrers G. F. G. Saks, 41 J. Fleischermeister A. E. F. Kihorn, 77 J. Ein totgeb. Knabe. W.: Restaurateur F. W. A. Schwarz, 18. A. G. E. geb. Wunderwaldt. verwitwete Bube, Ehefrau des Zimmermanns A. G. Neßlau, 48 J. M. W. M. geb. Grube. Witwe des Landmannes T. G. E. Klempau, 74 J.

### Aus der Partei.

**Personalien.** Die Danziger „Volkswacht“ teilt mit, daß Genosse Crispin nach Stuttgart überbedelt, um die politische Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ zu übernehmen. In Crispin verliert die westpreussische Parteibewegung, so bemerkt das Danziger Parteiblatt, einen ihrer fähigsten Köpfe. Was in den letzten sechs Jahren in unserer Provinz geschaffen wurde, ist zum großen Teile Crispins Werk. Wir brauchen da nur an die Gründung der Volkswacht zu erinnern, um die Bedeutung Crispins hervorzuheben. Besonders schwer wird auch der Wahlkreis Elbing-Marien burg getroffen, dessen Reichstagskandidat Crispin zehn Jahre lang gewesen ist. Zehn Jahre Arbeit, die ihn im Schneesturm und im Sonnenbrand hinaus auf die Höhen der Hoffküste, hin nach den Dörfern der Weichselniederung und des Draufensees führte! Opferwilliger hat nie ein Kandidat um das Mandat erworben, und wenn unserem Genossen nicht beizubringen, den Sieg zu erringen, so hinterläßt er seinem Nachfolger doch ein gut geackertes Feld voll krafftvoll spritzender Salme.

### Soziales.

**Zur Durchführung der Pensionsversicherung der Privatangehörigen** fand am 17. Mai in Berlin im Reichstagsgebäude eine von dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt einberufene Konferenz mit den Vertretern der Privatangestelltenverbände statt. In den vorhergehenden Wochen hatten bereits Konferenzen mit den Handels- und Landwirtschaftskammern verschiedener Bezirke stattgefunden. Von dem Referenten des Direktoriums wurde mitgeteilt, daß die Beiträge von den Arbeitgebern mittels Postcheck an die Reichsanstalt eingezahlt werden sollen. Die Dultung wird nicht, wie bei der Invalidenversicherung, durch Marken, sondern durch Unterschrift oder Stempel des Arbeitgebers in der Quittungskarte vollzogen. Die Quittungsleistung durch Marken wäre sehr kompliziert geworden, weil die Reichspost als Entscheidung für die Ausgabe der Marken durch die Postanstalten 3¼ Millionen Mark jährlich verlangt hat, was 2½ Prozent der Beiträge ausmachen würde. Aber die Grenze der Versicherungspflicht bei den technischen Angestellten und den Bureauangestellten herrschen auch bei dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt noch verschiedentlich Zweifel, die durch Besprechungen mit den beteiligten Organisationen gelöst werden sollen. Das Wahlverfahren bei der Wahl zu den Organen der Pensionsversicherung (Vertrauensmänner, Rentenauswähler, Schiedsgericht u. s. w.) soll bekanntlich nach dem Verhältniswahlsystem mittels gebundener und verbundener Listen ähnlich dem für die Gemeindevertreterswahlen im Württemberg angewendeten Verfahren geregelt werden. Der Schwerpunkt der Wahlen liegt in der Wahl der Vertrauensmänner. Für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde sind 6 Vertrauensmänner zu wählen. Für Großstädte von mehr als 125 000 Einwohnern soll die Zahl der Vertrauensmänner entsprechend erhöht werden. Als Wahllegitimation gilt die Versicherungskarte. Die Versicherungskarten werden im Laufe des August bei den Polizeibehörden zu haben sein. Da es bei der ersten Wahl an einer Instanz zur Entscheidung bei einem Streit über die Versicherungspflicht fehlt, sollen die Bestimmungen über die Versicherungspflicht möglichst liberal gehandhabt werden. Eingehende Anleitungen über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen werden noch im Laufe des Sommers veröffentlicht. Insgesamt werden etwa 9—10 000 Vertrauensmänner im ganzen Reihe zu wählen sein. Dazu kommt noch die doppelte Zahl von Stellvertretern. Als Wahltermin für die Vertrauensmännerwahlen ist Anfang November in Aussicht genommen. Über die aufgeworfenen Fragen wurde in der Konferenz zum größten Teile eine Übereinstimmung erzielt. Der bevorstehende Wahlkampf zu den Organen der Angestelltenversicherung wird, nachdem die Sachlage geklärt ist, zweifellos mit großer Energie geführt werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**Maifeier-Komitee.**  
 25) Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:  
 Abrechnung im Gewerkschaftshaus.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Ableben meines Mannes

**Wilhelm Dreyer**  
 Sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich dem Sozialdemokratischen Verein Stodelsdorf, dem Metallarbeiterverband, dem Verband der Schmiede, dem Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins von Stodelsdorf, den Formern und Mitarbeitern der S. M. G., den Formern von Schetelig u. Nöck, der Fackelburger Liedertafel für den erhebenden Gesang und dem Genossen Stellung für seine trostreichen Worte.  
 Ferner danke ich den Mitarbeitern meines Mannes von der S. M. G. für die mir zuteil gewordene Unterstützung auf das herzlichste. (523)  
 Stodelsdorf, 21. Mai 1912.  
**Frau Dreyer Ww.**

Fortungshalber freudl. abgeschl.  
 Zwei-Zimmer-Wohnung sofort od. 1. Juli zu vermieten (514)  
 Hundestraße 71.

Zu verm. 1. Etage Hinterhaus  
**40 Notwitzstraße 40**  
 2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (369)  
 Näheres daselbst Hinterhaus.

Zu vermieten zum 1. Juli kleine  
 Drei-Zimmer-Wohnung im Hinterhaus. Preis 170 Mk. (519)  
 Näheres Friedensstraße 64. Dth.

**Schuhmachergeselle**  
 per sofort gesucht (529)  
**E. Schulz, Markt, Bülowstr. 5.**  
 Gesucht zu sofort oder 1. Juni ein junges, sauberes und zuverlässiges Mädchen. (527)  
**Schulz, Südbekstr. 65.**

Gesucht eine Frau, die einem Kinde dreimal täglich die Brust gibt. Zu melden (512)  
 Notwitzstraße 13, I. 1.

Ein verstellbarer Sportwagen auf Gummi billig zu verkaufen (509)  
 Memstraße 21a. Hinterh.

Ein blauer Kinderwagen zu verkaufen. Preis 7 Mk. (506)  
 Notwitzstraße 59. II. 1.

Ein Sitz- und Liegewagen auf Gummi, eine eiserne Perle mit Matratze zu verkaufen (507)  
 Warenstraße 5, I.

Ein sehr gutes Fahrrad zu verkaufen. Preis 35 Mk. (510)  
 Südbekstraße 27.

**Ein Sofa** billig zu verkaufen (511)  
 Ziechstraße 34.

Haus in der Gemeinde, enth. 4 abgeschl. 3-Zimmer-Wohnungen. Ist preiswert zu verkaufen. (513)  
 Off. u. B G 3 an die Exp. d. Bl.

Ein Kachelofen und 3 Blockzorgensenker, 1x1,50, zu verkaufen. (517)  
 Straße Sport, Dorfstraße 36.

Ein gut haltener brauner Kinderwagen billig zu verkaufen (516)  
 Notwitzstraße 8. II.

**Bitte um Freiquartiere.**

Für die Nacht vom 1. zum 2. Dienstag müssen wir noch 70 Hamburger Jugendliche unterbringen. Wir bitten die verehrlichen Leser bringend, soweit sie ein Bett zur Verfügung stellen können u. wollen, ihre Adresse im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, an zu geben. (524)  
 Der Jugendauschuß.

**Streichertige Öl- und Lackfarben**, extra präpariert für den Hausgebrauch, Zement, Kalk und Gips. Holz- und Steinkohlenteer.  
 Tapeten und Borden in großer Auswahl. Tapetenreste sehr billig.  
**Emil Hahn, J. Moll Nachflg.**  
 Adler-Drogerie  
 Reiferstraße, Ecke Adlerstraße u. Schwartauer Allee 32  
 Ecke Marienstraße.

**DEHAZET**  
 Garantiert reine  
 Deutsche Honigarten  
 in Zusammensetzung  
 mit Raffinade.  
 der Nahrungs-  
 mittel-  
 Branche

**Käse-Lager Schlumacherstr. 12.**  
 Große Posten Tilsiter Käse Pfund 20 und 30 Pfg. (332)

**Eine Sportkarre**  
 zu verkaufen (516)  
 Rütchingstraße 15, III.

Verloren ein goldener Trauring mit rotem Stein vom Kanal (Burgtor) bis Johannisstr. 210, a. a. Bel. Standortstr. 9 a. III. (508)

Zu verkaufen oder zu vertauschen eine **Wolfsstübin** (1 Jahr alt) gegen einen kl. jungen Hund. Nach 6 Uhr abds. (505) B. Zannenhof 10.

**H. Schultz**  
 Uhrmacher (528)  
 Johannisstr. 20

**Abreisenden** aufbewahrt u. nach Abreise gesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Rühmerg.** 52. (180)

**Weine, Spirituosen u. Liköre** in jeder Preislage (179) empfiehlt

**J.H. Stooß, Engelsgrube.**

**Weine u. Spirituosen** in jeder Preislage und in nur (60) besten Qualitäten.

**Wilhelm Rabfoth,** Untertrave 113. Fernsprecher 687.

**Kartell-**

**Versammlung**

**Donnerstag, 23. Mai** abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tagesordnung:

1. Abrechnungen.
2. Gewerkschaftsfest.
3. Errichtung eines Bezirksbildungsausschusses für Lübeck und Mecklenburg. (522)

**Achtung!**  
 Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

**Mitglieder-Versammlung** am **Mittwoch, 22. Mai** abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tagesordnung:

1. Bericht von den Vorstandskonferenzen.
2. Unter diesjähriges Sommerfest.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet (518) Der Bezirksvereinsvorstand.

**Achtung Maler!**

**Mitglieder-Versammlung** am **Mittwoch, 22. Mai** abends 8 1/2 Uhr

Tages-Ordnung:

1. Ortstarifamt.
2. Stiftungsfest.
3. Verschiedenes.

(504) **Der Vorstand.**  
 Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.



# Auf Teilzahlung

in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten (520)

elegante Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben.

# Siegfried Ittmann

Kein Laden. Breite Straße 33, I. Etage. Kein Laden.

# Cocosa

Feinste Pflanzen-Butter

MARGARINE

Holl. Marg. Werke, Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

**Beerdigungsinstitut Gebr. Müter**  
 Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
 Uebernahme ganzer Beerdigungen.  
 Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
 Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

**Kalnbergs**  
 Variété-Kabarett.  
 Heute 8 1/4 Uhr:  
 20 Programmnummern.  
 Entree: 20 Pfg. (526)



## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 20. Mai 1912.

66. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Kühn.

### Die Rechtsverträge Deutschlands mit Bulgarien

sind der erste Gegenstand der Tagesordnung.

Ministerialdirektor **Krieg**: Bisher beruhen die Rechte der Ausländer in Bulgarien auf den sogenannten Kapitulationen. Danach steht den Mächten das Recht der eigenen Gerichtsbarkeit über ihre Angehörigen in Bulgarien zu und diese Gerichtsbarkeit wird ausgeübt durch die Konsuln. Bulgarien hat seit lange den Wunsch, die Kapitulationen abzuschaffen. Sämtliche Mächte und Deutschland sind damit einverstanden. Die Gesetze, die Rechtsprechung und die Verwaltung in Bulgarien machen diese Aufhebung unbedenklich. Zu diesem Zweck will Deutschland Rechtsverträge mit Bulgarien abschließen, die dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Es handelt sich um einen Konsularvertrag, um einen Vertrag um Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und um einen Auslieferungungsvertrag. Der Inhalt des letzten Vertrages ist: die Auslieferung beruht auf Gegenseitigkeit und findet bei allen gemeingefährlichen Vergehen und Verbrechen statt.

Dr. **Am Zehnhoff** (Z.) ist mit den Verträgen einverstanden.

**Dane** (Op.) regt an, daß Deutschland auf die Türkei dahinwirken möge, daß sie ihre innere Rechtspflege, die sehr veraltet ist, so verbessere, daß auch dort die Kapitulationen aufgehoben werden können.

**Haase** (SD.): Wir werden für die Verträge stimmen, weil sie gegenüber dem gegenwärtigen Zustand einen Fortschritt bedeuten.

Ministerialdirektor **Krieg** erklärt, daß die Regierung in dieser Richtung auf die Türkei bereits zu wirken suche.

Die Verträge werden angenommen.

In einem zweiten

### Nachtragsetat

werden 250 000 Mk. für die Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und 7500 Mk. für die Vorarbeiten zum Ausbau des Reichstagsgebäudes (Herstellung neuer Arbeitszimmer für die Abgeordneten) gefordert.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Nachtragsetat bewilligt.

Der nächste Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes

### Beseitigung des Branntweinkontingents.

1) Die Branntweinverbrauchsabgabe. Der § 1 bringt die Beseitigung des Kontingents in Norddeutschland und die (allgemeine) Einführung des bisherigen höheren Abgabensatzes von 125 Mk. für den Hektoliter.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen jährlich 16 Millionen aus der Verbrauchsabgabe zu Vergütungen für den technischen Spiritus verwendet werden. (Abs. 2 des § 1).

Die Sozialdemokraten stellen hierzu zwei Anträge, über die namentlich abgestimmt werden soll.

1) In § 1 Abs. 1 statt: „der niedrigere Abgabensatz von 1,05 Mk.“ zu setzen; der höhere Abgabensatz von 1,25 Mk. wird aufgehoben. (Einheitliche Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf den niedrigsten bisherigen Satz von 1,05 Mk. für den Hektoliter).

2) Den Abs. 2 des § 1 wie folgt zu fassen: „Aus dem Ertrage der Verbrauchsabgaben sind jährlich 16 Millionen Mk. zu entnehmen und zu verwenden: 1) zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer; 2) zur Deckung des Reichszuschusses, der zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente erforderlich ist.“

Dr. **Südekum** (SD.): Die Vorlage und ihre Verteidiger behaupten, es sei die Absicht dieses Gesetzes, die Liebesgabe aufzuheben. Seit vielen Jahren bekämpfen wir die Liebesgabe auf das schärfste, weil mit ihr die Aristen der Armen genötigt werden, aus ihrem kümmerlichen Einkommen zum Teil sehr besitzstarke Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen. Für sie wird eine Fürsorgegesetzgebung ge-

trieben. Die Liebesgabe ist die gerade Umkehrung einer vernünftigen Sozialpolitik. Die Vernunft gebietet, daß der Starke dem Schwachen helfe. Hier aber geschieht das Umgekehrte, daß die Schwachen den Starken helfen. Nun wird eingewendet, daß durch die Liebesgabe der Betrieb der Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reiches überhaupt erst rentabel gemacht werde. Aber nicht alle Güter mit leichtem Sandboden heißen Brennereien, sie müßten schon längst den Weg alles Fleisches gegangen sein, wenn die Behauptung richtig wäre, daß nur die Liebesgabe den Betrieb solcher Güter ermögliche. Wir sehen aber im Gegenteil, daß die bäuerlichen Wirtschaften im Osten, besonders in Pommern, stark zunehmen. Zwei Tage vor Beratung des Branntweingesetzes hat Graf Schwerin-Löwis hier die wachsende Bedeutung der Kartoffeltrocknung betont, d. h. die Möglichkeit, die Kartoffeln anders als für die Brennerei zu verwerten. Das widerlegt auch die Behauptung, daß die Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reiches nur mit Hilfe begünstigter Brennereien existenzfähig sei. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die großen Grundbesitzer ihre führende Rolle ohne die Erlöse begünstigter Brennereien schwer halten können. Denken Sie an die Ausplauderungen des Dr. Semler, der auch jetzt fern von Madrid weilt, wie er es immer tut, wenn die Gefahr besteht, daß über die Branntweineliebesgabe gesprochen wird. (Heiterkeit). Er hat 1909 bei den Steuerdebatten bekanntlich erzählt, was ihm der damalige Staatssekretär Graf Tschadowitz in einer schwachen Stunde anvertraut hat: „Wir brauchen die Liebesgabe unbedingt. Wovon sollen sonst die ostdeutschen Großgrundbesitzer die Zulage für ihre Leutnantsöhne und Söhne als Referendare bezahlen? Vor allen Dingen wäre es notwendig, ein klares Bild über die Lage der kontingentierte Brennereien zu haben. Aber davon hören sich die Herren. Jeder Name, der gezwungen ist, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, muß es sich gefallen lassen, daß seine Verhältnisse genau untersucht und klargestellt werden. Das sollte auch für die Brennereibesitzer gelten, die öffentliche Gelder in Anspruch nehmen. Von den Folgen der öffentlichen Armenunterstützung, Verlust des Wahlrechts, sind die Liebesgabenempfänger freilich bewahrt geblieben. Ja die Junker haben verhindert, daß in Preußen, wo sie herrschen, die Vorsehung der Empfänger von Armenunterstützung in Bezug auf das Wahlrecht, die das Reichsgesetz von 1909 brachte, eingeführt wurde, was Sachsen und Württemberg längst getan haben. Die Verteidiger der Vorlage behaupten, man brauche nur den Unterschied der Besteuerung, das Kontingent, aufzuheben, um die Liebesgabe zu beseitigen. Aber schon die Begründung der Vorlage sagt ausdrücklich, daß das Kontingent wesentlich an Bedeutung verloren hätte. Deshalb ist es recht naiv, wenn der bayrische Ministerpräsident v. Hertling meinte, man könne es der Linken nie recht machen; so lange die Liebesgabe bestanden hätte, hätte sie geschrien, sie müsse aufgehoben werden, nun wolle man sie aufheben, und da sei es ihr wieder nicht recht. Der Unterschied ist eben der: Wir wollen die Liebesgabe wirklich aufheben. Sie (nach rechts) wollen sie nur scheinbar beseitigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In Wahrheit ist durch das Branntweinsteuergesetz von 1909 die wirtschaftliche Liebesgabe des Kontingents zum großen Teil auf den Durchschnittsbrand, und was noch fehlte, auf den Vergällungszwang und Überbrand übergegangen. Wäre diese Vorlage vor dem Gesetz von 1909 eingebracht worden, so hätte sie das erreicht, was eigentlich die Steuern sollen, nämlich daß sie reiflos in die Staatskasse fließen; jetzt erreicht die Vorlage das Gegenteil. Die Regierung will die Aufhebung der Liebesgabe jetzt nicht, weil sie ein Unrecht gut machen will, sondern sie stellt sich auf den Standpunkt, daß sie das anrichtige Gesetz von früher nur insofern ändern will, als sie daraus eine höhere Einnahme für sich ziehen kann. Sie will 36 Millionen Mk. mehr für die Reichskasse gewinnen. Das ist ja nun freilich nicht gelungen. Denn wenn man das Gesetz, so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, genauer ansieht, so bemerkt man, daß der Absatz 2 des § 1 schon die Hälfte von der Regierung geforderten Summe megreicht. Die Beschlüsse der Kommission konnten aber nur eine Mehrheit finden, weil die nationalliberalen Herren der Kommission bis auf einen fluchtartig in das Lager der Agrarier übergingen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Jahre 1909 war es ähnlich. Damals war auch ernsthaft die Rede von einer Verminderung des Kontingents. Die

Nationalliberalen wollten bis auf den niedrigsten Satz, bis auf 1 Mk. herabgehen, und auch damals wäre eine Mehrheit für die Verminderung der Kontingentspannung vorhanden gewesen. Damals aber wollte das Zentrum wieder zur Regierung kommen durch die Zertrümmerung des Bülowblocks, und man konnte in der Kommission sehen, wie die Herren vom Zentrum gewissermaßen das Gold in der Hand schüttelten (Heiterkeit links), und da konnten die Konservativen nicht mehr widerstehen und sagten nein, mit den Freisinnigen und mit den Nationalliberalen gehen wir nicht wieder zusammen. (Sehr richtig! links, Gelächter rechts.) Diesmal hat sich das gleiche wiederholt, nur mit einer leichten Veränderung der Partei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der nationalliberale Herr Sieg ist ja gewiß liberal, er ist sehr liberal, aber nur solange, bis die agrarischen Interessen in Frage kommen, dann aber ist er genau so agrarisch wie (nach rechts zeigend) die da drüben. Vor einigen Tagen hatten wir das Vergnügen, einen Mann aus Australien hier zu sehen. Er sagte, ich bin der einzige Mann, der einen ganzen Kontinent vertritt, aber ich bin auch danach gewachsen. Auch Herr Sieg kann sagen: Ich bin der einzige, der in der nationalliberalen Partei die ultra-agrarischen Interessen vertritt, aber ich bin auch danach gewachsen. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Um die Liebesgabe wirklich aufzuheben, haben wir beantragt, die Branntweinsteuer auf 105 Mk. herabzusetzen, und auch der Staatssekretär hat zugeben müssen, daß unser Antrag der richtige Weg wäre, aber fügte er hinzu, ich kann diesen Weg nicht mit Ihnen gehen, denn dazu fehlt mir das Geld. (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich haben auch wir eingesehen, daß die Einnahme aus dieser Steuer dann nicht so groß wäre, wie bisher und so sind wir auch bereit, hierfür eine Deckung zu schaffen. Einer unserer Vertreter hat ausdrücklich im Namen unserer Fraktion erklärt, daß wir bereit wären, für eine Erbschaftsteuer zu stimmen (Hört, hört! links), um eine indirekte Steuer zu ermäßigen. Vorläufig sind aber die Mehrheitsparteien auf diesen Vorschlag noch nicht eingegangen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist jedoch noch nicht gesprochen; beim Nachtragsetat werden wir zu Anträgen kommen, die die Frage der Besteuerung noch einmal anregen. Die 16 Millionen Mark, die zugunsten des technischen Spiritus von der Steuer gestrichen worden, sind gewissermaßen das Fettenblatt für die Nationalliberalen (Heiterkeit links), mit welchem sie vor die Industrie treten wollen und sagen, wir haben auch für die Industrie etwas getan. Das ist aber durchaus nicht richtig. Der Preis des technischen Spiritus kann nicht dauernd auf einer ungesunden Höhe gehalten werden, da er sich sonst nicht mit denjenigen Produkten konkurrenzfähig erhalten kann, mit denen er notwendigerweise konkurrieren muß. Würde die Spirituszentrale den Spirituspreis für den technischen Spiritus noch einmal in die Höhe treiben, so würden, wie man im Lande zu sagen pflegt, die Brenner „im Spiritus erlaufen“. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Darum kommen auch diese 16 Millionen lediglich den Agrariern zugute, die nur so den Preis nicht nur für den Trinkbranntwein, bei dem leider der Konsumrückgang auch bei Preistreibern nicht so stark ist, auf der jetzigen Höhe halten können, sondern auch bei dem technischen. Darum ersuchen wir erneut, ernst zu machen mit der Abschaffung der Liebesgabe, die hier nur scheinbar verjuckt wird ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland, die wir durchaus aufrechterhalten wollen und bitten Sie, zunächst einmal den Einheitsatz von 105 Mk. pro Hektoliter festzusetzen. Bleiben Sie dabei, daß die 16 Millionen herausgenommen werden sollen, so verwenden Sie diese wenigstens anders, für welche Zwecke, darüber wird Ihnen einer meiner Freunde nachher noch Anträge unterbreiten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

**Spek** (Z.): An der gegenwärtigen Vorlage hat eigentlich niemand eine rechte Freude. Ihr Vorzug ist, daß sie mit dem Schlagwort Liebesgabe aufräumt. Herr v. Hertling hatte vollkommen recht. Dieselben Leute, die immer mit der Behauptung kriechen gingen, die Liebesgabe sei ein Geschenk an die ostelbischen Junker, die erklären jetzt, die Aufhebung der Liebesgabe sei eine Neubelastung des Konsums. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Für den niederen Steuerfuß kann nur eintreten, wer dem Reich die notwendigen Mittel verweigern will. (Rufe bei den Soz.: Erbschaftsteuer.) Darauf kommen wir ja noch später. Die

## Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

I.

Es war an einem Sonntag, um die Mittagzeit, als ein junger Bauer aus dem Laubholz trat, das sich auf einer südwestlich gelegenen Anhöhe gegen das offene Feld hinabsenkte. Die Sonne brannte heiß vom Himmel. Der Bursche zog die Foppe, die er im Walde getragen, herunter, legte sie auf Schultern und Rücken und ging, das Gesicht von seinem Gute beschattet, mit einem tüchtigen, braungefärbten Knotenstock in der Rechten, den Fußpfad weiter.

Wenn ich den Burschen jung nannte, so geschah es nach anderen Begriffen. In den Augen des Dorfes näherte er sich einigermaßen dem „alten Junggesellen“, d. h. er stand in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.

Man konnte ihn für älter halten, als er war. Die Wangen hatten nichts mehr von der glatten Rundung der ersten Jugend; die Haut trug Spuren von angefrengter Arbeit im Freien, in den Gegensätzen der Witterung; aber die braunrote Farbe verriet Manneskraft und eine feste Gesundheit.

Die Gestalt war ziemlich groß, Brust und Schultern breit, die Glieder stark ebenso durch Knochen wie durch Muskeln. Sein Gesicht hatte einen eigentümlichen Ausdruck. Der Grundzug war eine große Gutmütigkeit. Mit ihr und einer gewissen ehrlichen Einfalt sah aber Bestand und Humor aus dem braunen Auge hervor und zugleich deutete ein nachdenkliches Wesen auf ein inneres Leben. Wer ihn recht betrachtete, der mußte sehen, daß er keinen gewöhnlichen Menschen vor sich habe.

Gottfried Stöckle war aus einem Weiler, der an der Grenze des Gaues hart am Walde lag, und sein mäßiges Bestium bestand größtenteils aus Holz. Er hatte den Schulunterricht im nächsten Pfarrdorfe genossen, später zu einer kleinen Verbindung von Frommen gehalten, die sich dort zusammengetan, sich aber wieder von ihnen getrennt, weil sie leidenschaftlicher waren, als es seine ruhige Natur gutheißen konnte. Von da an ging er seinen Weg im Leben allein fort. Nach dem Tode seines Vaters und der

Verheiratung zweier Schwestern hauchte er mit seiner Mutter und befand sich wohl dabei. Den Tag verbrachte er mit Arbeit, wobei er seinem Kopf die Unterhaltung, deren er bedurfte, durch Denken und Träumen verschaffte. In freien Zeiten las er allerlei, Geistliches und Weltliches, oder er ging unter die Leute und machte sich das Vergnügen, auf ihre Art und ihre Manieren zu merken. Im Gespräch zeigte er gelegentlich einen natürlichen Belehrungsstrieb und eine Offenheit, welche eine Milderung durch sein gutmütiges Wesen sehr nötig hatte. Wenn er mit alledem gewissen Spottvögeln auch Anlage zu Redereien gab, die nicht immer sehr fein waren, so fand er in der Regel die nötigen Antworten und mußte, um sich zu schüzen, niemals an seine Faust appellieren. Seine näheren Bekannten hatten ihn ohne Ausnahme gern und schätzten ihn. Sprach man von ihm, so setzte man gewöhnlich hinzu; 's ist ein braver Mensch!

Es hatte seine Beschwerden, in der Mittagshitze, bei ruhender Lust, durch Wiesen und Felder hinzugehen; aber seiner Bursche achtete kaum darauf und wühlte sich nur hier und da mechanisch den Schweiß aus dem Gesicht. Mit vergnügten Sinnen betrachtete er das dufende Heu, das hier und dort schon zum Einführen am nächsten Tag in kleinen Haufen bereit lag — die herrlichen Saaten, aus deren Grün oder Graugrün rote Mohn- und blaue Kornblumen hervorsahen; und über das empfängliche Gemüt kam etwas von dem Zauber, den dieser Anblick auf poetische Seelen zu üben pflegt. — Ein Rächeln seines Mundes verkündigte, daß noch andere Gedanken ihn beschäftigten.

Er hatte zwei Stunden in der Sonne zu gehen; aber er machte den Weg gern, denn er besuchte in Geschäften eine reiche Bauernfamilie, die früher ihren Hof in dem Dorf hatte, zu dem sein Weiler gehörte, und er sah bei Gelegenheit die Tochter wieder, mit der er in jener Zeit gute Freundschaft gehalten.

Bei dieser Erwartung konnte er sich der angenehmsten Empfindung nicht erwehren. Sophie, die Tochter des jetzigen Rotenbauers Kahl, hatte während der Schulzeit und noch einige Jahre später ein ganz besonderes Vertrauen gegen ihn bewiesen. Sie ihrerseits war ihm stets als das Muster einer Dauertochter erschienen. Wenn bei

dem Abstand, der den wenig Bemittelten von der Erbin eines der Großen im Ries trennte, an ein zärtliches Verhältnis nicht zu denken war, so fühlte er zuletzt doch um so mehr gegen sie, was man „Verehrung“ hätte nennen können. Er kam, solange sie in dem Nachbardorf wohnten, oft in ihr Haus, half im Sommer zweimal bei der Ernte und gewann durch sein bescheidenes Wesen und durch seinen Fleiß auch die Gunst der Eltern. Seit acht Jahren hatten diese in einem Dorf, das fast mitten im Ries, im „ruchtbarsten Gelände lag, den größten Hof an sich gebracht; Sophie war, um „etwas zu lernen“, längere Zeit bei einer Waise, Müllerin in einer fränkischen Stadt, gewesen, und erst vor einem Jahre, nach dem plötzlichen Tode ihrer Mutter, zurückgekehrt. Bei dem Leichenbegängnis hatte Gottfried sie nur gesehen, um zu kondolieren, und seitdem war er zufällig nicht wieder mit ihr zusammengetroffen. Da hatte er nun an dem Sonntag, wo ihn eine Holzbestellung des Rotenbauers wieder ins Haus führte, alter Zeiten gedenken und sich recht von Herzen mit ihr ausschütten zu können.

Wenn man Sophie nach alledem für eine Schönheit halten zu müssen glaubte, würde man irren. Sie war ein stattliches Mädchen mit ziemlich hoher Stirn; ihr Gesicht, das dem ihres Vaters ähnelte, hatte aber mehr Bedeutung und Würde als Liebreiz. Die Farbe war nach dem landesüblichen Ausdruck „schwarz“, d. h. bei braunen Haaren dunkler als gewöhnlich; und wenn das alte Volkslied auch die „schwarzbraunen Dirndl“ sehr hochhält, so findet man jetzt doch diejenigen schöner, die ein Gesicht haben wie Milch und Blut. Der klare Verstand, die Überlegenheit, die sie leicht zeigen konnte, und die Abwesenheit jeder Art von lässlichem Schmöckchen konnten das Mädchen dem gewöhnlichen Bursch nicht reizender erscheinen lassen, wenn auch ihr Wuchs untadelig und Schultern und Brust sehr wohl gebildet waren! — Es war eben eine von denen, die, um erkannt zu werden, vor dem Rechten gesehen werden müssen! Wenn man sie vertraulich zu machen und ihren Beifall zu erlangen wußte, dann kam ein Blick aus ihrem Auge, der so gut war, daß er in die Seele traf; und das Gefühl, das sie belebte, verschönte dann ihr Gesicht, so daß es nicht nur weiblicher, sondern recht eigentlich lieb erscheinen konnte.



10 Millionen sind nicht für die Agrarier, sondern für den technischen Spiritus; um sie soll der Preis für den Trinkenbranntwein niedriger gehalten werden können. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Sie sind also für ein Geschenk für die Konsumenten. Trotz mancher Bedenken stimmen wir für die Vorlage, weil sie große Vorteile für die kleinen Brenner bringt und süddeutsche Wünsche erfüllt. (Beifall im Zentr.)

**Reinach (M.):** Herr Dr. Semler ist wegen langer schwerer Krankheit und aus keinem andern Grunde abwesend. Die Schwierigkeiten der Materie liegen in den scharfen Gegensätzen nicht nur zwischen Produktion und Konsum, sondern auch zwischen Nord und Süd, zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Der Augenblick für die Vorlage ist nicht besonders glücklich, weil gerade jetzt die Spirituspreise besonders hoch sind. (Einer der beiden amtlichen Stenographen erleidet einen Ohnmachtsanfall; der Redner muß seine Rede eine Zeitlang unterbrechen.) Die nationalliberale Partei hält an ihrem Standpunkt gegen neue Konsumsteuern fest. Nun ist es zweifelhaft, ob der vorliegende Gesetzentwurf den Konsum verteuern wird. Bekanntlich zeigt der Konsum des Trinkenbranntweins aus allerhand Gründen eine rückwärtige Tendenz. Diese Tendenz wird ganz von selbst die Maßnahmen der Spirituszentrale hemmen, wenn sie den Trinkenbranntwein schrankenlos verteuern wollte. Wir haben versucht, alle Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um den technischen Spiritus konkurrenzfähig zu erhalten. Die Kommissionsbeschlüsse stellen ein Kompromiß dar, an dem zwar niemand in allen Einzelheiten volle Freude hat, aus dem aber auch nicht einzelne Steine herausgenommen werden dürfen, ohne daß das Ganze zerbricht. Darum wird die Mehrzahl meiner Freunde alle Abänderungsanträge ablehnen. Wenigstens ein Teil der Liebesgabe wird durch dies Gesetz beseitigt. Da die Regierung und ein Teil der Rechten hierzu bereit sind, werden wir es für einen großen Fehler halten, wollten wir das Wort „Liebesgabe“ jetzt nicht aus dem politischen Wortschatz ausschalten. Wir werden also in der großen Mehrheit für das Gesetz stimmen.

**Dr. Dornann (Vp.):** Die Vorlage bringt in ihrer jetzigen Gestalt mancherlei Verbesserungen, wenn wir auch mit diesem nicht einverstanden sein können. Auf die Frage der Liebesgabe will ich nicht eingehen, weil wir es für ganz ausfallslos halten, daß durch eine erneute Diskussion eine Einigung erzielt wird. Jedenfalls ist es durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, wir hätten in der Liebesgabe ein Werkzeug der politischen Agitation gesehen. Wir brauchen ein deraufliegendes Werkzeug nicht. (Sehr richtig! links.) Unüberwindlich bedauerlich ist es, daß zwar das Kontingent fällt, aber die Kontingentierung bleibt, die alles weniger denn ein Vorteil ist. Die Vergällungspflicht hat eine gewisse Berechtigung, aber sie soll nicht schikanös gehandhabt werden. Deshalb lehnen wir jede Verschärfung des Vergällungszwangs ab. Der Schatzsekretär versprach sich 36 Millionen von der Beseitigung des Kontingents, davon hat ihm die Kommission 16 Millionen weggenommen. Aber wir glauben, daß auch der restliche Betrag nicht herauskommen wird. Man sollte nicht die klare Sachlage verdunkeln, daß diese Steuer vom Konsum getragen werden wird. (Bravo links.)

**Graf Mielzynski (Vp):** Ich bin mit der Vorlage einverstanden. Die Voten beantragen nämlich wie die Sozialdemokraten die Verwendung der 16 Millionen zur Herabsetzung der Altersgrenze und zur Unterstützung der Veteranen und Witwen.

**Freiherr v. Camp (Rp.):** Ich lobte die Wirksamkeit der Spirituszentrale. Die Kommission kommt den Sozialdemokraten mit den 16 Millionen auf halbem Wege entgegen. (Abg. Wurm (Sd.): Ja, nur auf halbem!) Damit können Sie schon zufrieden sein. Es gibt kein Gewerbe, das so maltätig ist wie das Branntweingewerbe. Wer würde sich das gefallen lassen, wenn die Landwirte nicht so geduldig wären. (Lautes Lachen b. d. Soz.)

**Dr. Will (Zentr. Olfstörer)** wünscht weitere Vergünstigungen für die kleinen Abföhrenner.

**Dr. Weill (Sd.):** Dem Abgeordneten Speck muß ich sagen, daß wir die Liebesgabe aufheben wollen. Aber es handelt sich hier nicht etwa um die Aufhebung der sogenannten Liebesgabe, sondern um die sogenannte Aufhebung der Liebesgabe. (Heiterkeit b. d. Soz.) Das ist teilweise sogar vom Abg. Reinach zugegeben worden, und auch vom Abg. von Camp, wenn er die Theorie der Fürsorgegesetzgebungen ausdrücklich verteidigt. In dieser Theorie konnte er sich allerdings auf die bösen Wege des

Gottfried gehörte zu denen, die sie verstanden, weil er ein Mensch war, der bei eigener Bravheit das gute Herz und den wackeren Sinn vor allem schön und liebenswert fand. Mit gleichem Schritte Fuß- und Feldwege hinwandeln, lebte er nun so in seiner Seele, daß die sich weiter öffnende Gegend und die mehr hervortretenden schönen Punkte derselben nur zuweilen einen Blick von ihm erhielten. Er erinnerte sich an Erlebnisse mit den Mädchen, die, wie gewöhnlich an sich, für ihn bedeutend waren; er hatte die Güte vor Augen, wie sie ihm ihr ganzes Vertrauen, ja nach seiner Meinung ihre Vorliebe zu erkennen gab, und seine Freude, sie wiederzusehen, wuchs in einer Weise, daß sie ihm zuletzt selber bedenklich erschienen.

„Ich bin ein Narr,“ sagte er zu sich selbst. „Was ist das nur auf einmal? — Es war kein Wunder, die Sophie ging mich etwas an!“

Er schwieg. Nach einer Weile fuhr er fort: „Ob sie wohl noch freundlich ist gegen mich wie vorzeiten? — Sie ist jetzt vierundzwanzig vorbei, und eigentlich ist's zu verwundern, daß sie noch nicht geheiratet ist! — Nun, sie kann freilich wählen und zusehen, wenn sie der ledige Stand noch freut — sie kriegt hundert für einen! — Und jeder gefällt der nicht! Sie ist zu geschäftig und hat ihren Kopf! — Und im Grunde, ich kenn' auch keinen, den ich für gut genug hielt' für sie!“

Der brave Gottfried dachte nicht im entferntesten an sich selbst. Er bildete sich auch nicht im geheimen, im Innern seiner Seele den Wunsch aus, ihr Auge auf sich zu ziehen. Das die Sophie nicht für ihn war, das verstand sich von selbst, und er war nicht der Mann, sich das Unmögliche vorzupiegelein. — Er wollte sie jetzt nur sehen und freundliche Reden von ihr hören. Wenn sie dabei auch ein wenig vornehm tat, so störte ihn dies nicht. Denn es kam ihr zu, und von ihr konnte er sich's gefallen lassen.

Das gute Gewissen, das ihm diese Gefühle gaben, ließ unseren Holzländer und Söldner ruhig in das endlich erreichte Dorf eintreten. Hätte er „unverschämte“ Gedanken gehabt, dann würde sein Herz geklopft haben wie ein Hammer, und er wäre blutrot geworden für sich allein. Aber er war bescheiden auch im stillen seiner Seele, und das gab ihm den Mut, mit häßlichen Sätzen dem Hof entgegenzugehen.

Er verdient, gut empfangen zu werden, — und er erwartete es! — Wenn er sich täuschte — denn am Ende, wie können die Menschen sich nicht ändern? — dann machte er mit dem Alten sein Geschäft ab, und man sah ihn in dem Hause nicht wieder. Denn was ihn von andern Leuten nicht verdroßen hätte, — von diesen verdroß es ihn, und er konnte es nicht ertragen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialismus locken lassen. (Heiterkeit.) Von einem maltätigsten Spiritusgewerbe zu sprechen, weil keine Ruhe in die Gesetzgebung kommt, ist durchaus nicht berechtigt. Auch dieses Wilschwerf wird nicht länger als 3 Jahre lebensfähig sein. Die Beseitigung des Kontingents ist noch lange nicht die Beseitigung der Liebesgabe, und zahlreiche Interessenten und Fachleute fordern auch, daß gleichzeitig die Vorschriften über den Durchschnittsbrand und Vergällungszwang verschwinden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unser Antrag zu Absatz 1 würde die wirkliche Aufhebung der Liebesgabe bedeuten. Dadurch würde auch der Ertrag der Vorlage nicht vernichtet werden, nachdem die sozialdemokratische Fraktion erklärt hat, daß sie bereit ist, eine aufgehobene indirekte Steuer durch eine direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer, zu ersetzen. (Hört, hört! links.) In der Kommission haben allerdings zwei Drittel der nationalliberalen Vertreter gegen unseren Antrag gestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie sich der Verprechungen aus dem Wahlkampfe nicht mehr erinnern, den gerade ihre Partei im Zeichen der Erbschaftsteuer geführt hat. Sie werden jetzt im Plenum wiederum auf die Probe gestellt werden. Die Kommission hat erhebliche Wünsche am Ertrag der Vorlage zugunsten des technischen Spiritus gemacht, und die Regierung hat sich damit abgefunden. Auch diese 16 Millionen belasten den Trinkenbranntwein und sind ein Geschenk an die Industrie, das nur gemacht wird, weil man die Überproduktion und infolgedessen einen Preissturz fürchtet. Wir schlagen aber eine bessere Verwendung vor als durch die Konsumentenerneuerungsberechtigungsprämien an die Brenner bezahlen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen durch unseren zweiten Antrag, daß mit den 16 Millionen die Beihilfen an die Kriegsteilnehmer erhöht werden und die Altersgrenze bei der Altersversicherung vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird. Früher sagte man, das Geld sei nicht vorhanden. Die Mittel sind aber jetzt durch die Kommissionsbeschlüsse geschaffen. Nehmen Sie daher unseren Antrag an: Sie erfüllen das Gebot Ihres eigenen sozialen Gewissens. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Rüsch (M.):** Der Vorredner hat sich unnütze Sorgen gemacht. Es gibt wohl unter den Nationalliberalen kein einziger Gegner der Erbschaftsteuer. Ich halte es für richtig, den sozialdemokratischen Verwendungsantrag anzunehmen und durch eine Erbschaftsteuer für die Deckung zu sorgen.

**Wurm (Sd.):** Bei der Behandlung eines jeden Spiritusgesetzes streitet man sich darüber, wer die Kosten trägt. Die Landwirte behaupteten von Anfang an, daß sie die Opfer für die neue Wehvorlage trügen. Die Konsumanten erkannten aber bald, wie unberechtigt diese Lage ist. Der Spirituspreis ist ständig gestiegen, und der frühere Staatssekretär Spöck hat selbst erklärt, daß die Branntweinsteuergesetzgebung eine Fürsorgegesetzgebung für die Brenner sei. Es ist Ihr Pech, daß alle die Schlagworte, von denen Sie behaupten, daß sie von uns agitatorisch verwendet werden, von denen geprägt werden, die ihre Interessen wahrnehmen wollen. Die Brenner rechnen selbst darauf, daß der Spiritus teurer wird, und auch die Spirituszentrale wird, wie Herr Kreth, deren Direktor erklärt hat, durch die geplanten Maßregeln gestärkt werden. Die Liebesgabe wird nur dem Namen nach beseitigt, der Vergällungszwang gibt der Zentrale die Möglichkeit, die Preise in die Höhe zu treiben. In einer Petition des Verbandes Pfälzischer Spiritus-Interessenten heißt es: Durch die Spirituszentrale ist das Gewerbe in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht worden, welches uns zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dem Gewerbe und den Spiritusverbrauchenden Industrien werden in der Tat ungeheure Lasten aufgebürdet. Wenn jemand vor drei Jahren behauptet hätte, daß die Zentrale den Spirituspreis um 70—80 Proz. erhöhen würde, so hätte die Rechte das eine Verlängerung genannt. Heute ist der Preis glücklich von 40 auf 75 gestiegen. (Zuruf rechts: Durch den Kartoffelmangel.) Die Preissteigerung der Kartoffeln steht zu der des Spiritus in keinem Verhältnis. Das eigentümliche des Branntweinsteuergesetzes ist, daß man überall, wo im Gesetz steht: die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat, die Worte setzen könnte; die näheren Bestimmungen trifft die Spirituszentrale. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn eine Mehrheit für die Steuererhöhung auf 125 Mk. vorhanden ist, aus deren Erträgen ein Teil für andere Zwecke abgezweigt wird, dann wollen wir dafür sorgen, daß die Liebesgabe in moderner Form einer recht großen Anzahl mittleren und kleiner Brennerenteile zuteil wird; so ist der Einfluß der Zentrale zu brechen. Bei der sogenannten Verbilligung des gewerblichen Spiritus liegen die Dinge so, daß trotz aller künstlichen Spekulationseinschränkung ein Überschuß an Spiritus fabriziert wird, der in den Konsum nicht hineingehen kann, da der Branntweinverbrauch nicht zum wenigsten durch unsere Bekämpfung der Schnapspest zurückgegangen ist. Wenn die Brennerindustrie nicht in der Spiritusflut ertrinken will, muß sie sich einen Inlandsmarkt schaffen, oder die Produktion einschränken. Es ist also ein Scheinmanöver, wenn man so tut, als ob die 16 Millionen Markt, die aus der Verbrauchsgabe genommen werden, nun rein zum Nutzen der vergällten Spiritus gebrauchenden Bevölkerung von den Brennerenteilnehmern hergegeben würden. Die Brenner nehmen das Geld eben von den Branntweintrinkern und machen dabei ein gutes Geschäft. Die 16 Millionen wollen wir anders verwenden, als die Kommission beschlossen hat, und die Ehrenschuld an die Veteranen des Krieges und der Arbeit damit abtragen. In dem 3-Milliarden-Etat des Reiches fehlten seinerzeit lumpige 8 Millionen für die Verbesserung der Altersrentenbezüge durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr. Jetzt haben Sie Gelegenheit, Ihr gutes Herz zu beweisen, und die 16 Millionen im Interesse der armen Bevölkerung zu verwenden, um einen Teil des Unrechts wieder gut zu machen, das durch die Branntweinsteuergesetzgebung dem Lande geschieht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Kreth (M.):** Die Sozialdemokraten können keinen Satz aussprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß ich der Leitung der Spirituszentrale angehöre. (Lachen bei den Soz.) Die Zentrale ist kein politisch-agrarisches Unternehmen, es gibt unter den Brennern Anhänger aller Parteien. In der Geschäftsleitung haben wir einen Konservativen, einen Nationalliberalen und einen Fortschrittler, also den alten Reichstagsblock mit dem Unterschiede, daß wir uns vertragen. (Heiterkeit.) Wir treiben keine Politik, sondern wollen Geschäfte machen. (Bravo! rechts.)

**Wurm (Sd.):** Der Spirituspreis ist seit der vorigen Kampagne um mindestens 40 Millionen gestiegen, der Kartoffelpreis nicht um den zehnten Teil. Trotz der bevorstehenden schlechten Kartoffelernte hat der Bundesrat im Herbst keine Erhöhung des Durchschnittsbrandes vorgenommen. Wenn die Spiritusfabriken Sätze von 26 Proz. Dividende verteilen können, so beweist das, daß sie sich unter den Fittichen der Spirituszentrale sehr wohl fühlen. (Beifall b. d. Soz.)

Die Besprechung schließt.

Der Antrag der Sozialdemokraten, die Liebesgabe vollständig zu beseitigen, also die Verbrauchsgabe auf 1,05 Mark festzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Auch der andere sozialdemokratische Antrag, der die für den technischen Spiritus bestimmten 16 Millionen für die Altersveteranen und zur Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung vom 70. auf das 65. Jahr verwenden will, wird mit 203 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und einige wenige Nationalliberale.

§ 1 der Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler unverändert angenommen.

§ 2, der die Bindung des Reservatsrechts von Baden, Bayern und Württemberg enthält, beantragen die Sozialdemokraten zu streichen.

Dr. Südekum (Soz.) stellt in dieser Bestimmung eine Verfassungsänderung und Minderung der Rechte des Reichstags.

Schatzsekretär Kühn: Es handelt sich nicht darum, ein neues Reservat zu schaffen, sondern um die Ausmessung des bestehenden. Würde der Paragraf gestrichen, so würde das für die Regierung gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage sein.

In namentlicher Abstimmung wird das Reservat mit 219 gegen 126 Stimmen aufrecht erhalten.

Die §§ 3 und 4 enthalten staffelmäßige Vergünstigungen für die kleinen Oblebrenner. Die Sozialdemokraten beantragen die Produktionsgrenze für die Kleinbrenner von 50 auf 100 Liter zu erhöhen und weitere Erleichterungen bei der ermäßigten Verbrauchsabgabe.

Die Anträge, die von den Abgeordneten Weirotes (Soz.) und Dr. Weill (Soz.) kurz begründet werden, werden gegen die Sozialdemokraten, der Elsäßer und einiger Zentrumsabgeordnete abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt werden die Anträge der Sozialdemokraten zu den §§ 5 und 6a, die sich auf die kleinen süddeutschen und norddeutschen Brennerenteile beziehen, soweit diese nicht Korn brennen und die Abfindung kleiner Oblebrennerenteile vorsehen.

Dr. Weill (Sd.) bemerkt dabei: Die Anträge bezwecken eine Stärkung der Konkurrenz der Spirituszentrale und außerdem die Ausdehnung der den Reservatstaaten und Hohenzollern zugewilligten Vergünstigung auf Hessen und Elsaß-Lothringen. Die Nähe der Begründung könnte man sich eigentlich sparen bei der festen Entschlossenheit der Mehrheit, auf keine vernünftige Anregung einzugehen. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Soz.)

Beim § 7a hatte die Kommission das Kontingent in den Reservatstaaten auf das Maximum von 3000 Hektoliter reduziert haben wollen. Ein Kompromißantrag der Mehrheit will die Streichung. Dieser Antrag wird gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und Elsaß-Lothringer angenommen.

§ 7b gibt einer Reihe von Erzeugnissen der chemischen Industrie die Vergünstigung der Vergällungseremie. Die Sozialdemokraten beantragen für das Bleiweiß diese Vergünstigung zu streichen.

Dr. Davidsohn (Sd.) (Gr. Heiterkeit, da der Präsident sich beim Anruf des Redners verspricht) begründet den Antrag. Die Vergünstigung, Bleiweiß zu streichen, ist das einzige Mittel, um die Verwendung des Bleiweiß im Malergewerbe zu beseitigen; wenn die Sache nicht mehr so rentabel ist, werden sich die Fabrikanten schon nach Ersatzmitteln umsehen. Schweden und Baden kommen schon jetzt ohne Bleiweiß aus, das muß für ganz Deutschland möglich sein. Während der Kommissionsberatung war das Haus von Interessenten aller Art überschwemmt, auf deren Wünsche man, wo es nur ging, Rücksicht genommen hat. Hier kommt die Arbeiterklasse mit ihrem Spezialwunsch, und sie hat ein höheres Recht als die Einzelinteressenten, daß dieser Wunsch berücksichtigt wird. (Bravo b. d. Soz.)

Der Antrag der Sozialdemokraten wird angenommen. Alle weiteren Abänderungsanträge, die von den Abg. Südekum und Wurm begründet werden, (Streichung der Kürzung des Durchschnittsbrandes, kürzere Befristung der Festlegung des Durchschnittsbrandes) werden abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Etatreste, Wahlprüfungen und Petitionen, die Beschlüsse, Resolutionen.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

## Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 20. Mai 1912.

Der Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Dem verstorbenen Senator Dr. Klug widmet Dr. Görz einen ehrenden Nachruf.

Der Wortführer weist ferner auf einen von Pastor Gvers ergangenen Antrag hin, den 68 Bürgerchaftsmitglieder unterzeichnet haben und der das Eruchen an den Senat stellt, den Bundesratsvertreter anzuwählen, im Bundesrat für einheitliche Ausgestaltung und Anwendung des Jesuitengesetzes zu sorgen.

Dr. Schömer fragt, warum der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde; er sei dem Wortführer doch bekannt und der Senat damit einverstanden gewesen. Gegen dieses Verfahren müsse er Widerspruch erheben.

Dr. Görz: Ich habe erst im letzten Augenblick von dem Antrag Kenntnis erhalten. Der Senat hatte gegen die Einreichung in die Tagesordnung nichts einzuwenden. Der Antrag ist dringlich.

Aug. Bape erklärt, für den Antrag stimmen zu wollen, wünscht aber in Zukunft, daß bei andern aus der Mitte der Bürgerchaft gestellten Anträgen ebenso verfahren wird.

Chlers: Die Tagesordnung bestimmt der Wortführer. Als erster Punkt hätte der Nachtrag zum Schanksteuergesetz auf die Tagesordnung gehört. Am 28. März setzte der Wortführer den Antrag ab, weil Senator Dr. Neumann nicht anwesend sein konnte. Nun läuft die Geschichte bald zwei Jahre und immer wird der Antrag wieder zurückgeschickt. Heute gelangt er wieder nicht zur Beratung, obwohl das Gewerbe längst darauf lauert, daß diese Frage endlich entschieden wird. Ich bitte um eine Erklärung des Wortführers, damit die Leute wissen, woran sie sind.

Dr. Görz: Die Tagesordnung wurde zuerst dem Wunsche des Vorredners gemäß aufgestellt, doch erklärte der Senat die anderen Anträge für bringender. Der Senat hat die Reihenfolge zu bestimmen. Ich werde den Senatskommissar bitten, diesen Antrag das nächste Mal an erster Stelle zu setzen.

Chlers: Es ist bedauerlich, daß öffentlich konstatiert wird, der Antrag sei nicht eilig. Das Gewerbe lauert längst auf einen endgültigen Entscheid. Der Antrag ist so eilig wie die andern. Seit dem 28. März hätte der Wortführer längst wieder eine Sitzung anberaumen können.

Dr. Görz: Wenn die Bürgerchaftsmitglieder eine Sitzung für notwendig erachten, können sie ja eine solche beantragen.

Eingaben gingen ein von Anwohnern der Kronsforder Allee betreffs Verlängerung der Straßenbahn, vom Lübecker Lehrerverein um Beschleunigung des Hilfslehrgesetzes und



vom Verein selbständiger Scheiderinnen um Einführung von Pflichtfortbildungsschulen für weibliche Personen.

Als erster Antrag gelangt derjenige von Pastor Ewers zur Beratung.

Dr. Schömer: Ich habe meinen Widerspruch gegen den Antrag noch nicht zurückgezogen und halte ihn aufrecht.  
Die Abstimmung darüber ist für die Beratung.  
Pastor Ewers geht in seiner Begründung auf den bekannten bairischen Erlass und die Äußerung des Reichskanzlers ein. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß die neue Bundesratsverordnung anders ausfallen würde, so daß eine einheitliche Ausgestaltung gefährdet und Minister Herlitz recht bekommen werde. Wie vor neun Jahren müsse auch heute die Bürgerschaft unabweislich zu erkennen geben, daß der Senat eine solche Entwicklung nicht wünscht. Eine Einheitlichkeit im Jesultengebiet sei im Interesse der Staatsautorität und des Friedens notwendig. Der Protestantismus habe die Jesuiten zwar nicht zu fürchten, aber der Jesuitenorden gefährde unfreilich den konfessionellen Frieden, deshalb sei die Befestigung des Gesetzes nicht wünschenswert und die bisherige einheitliche Anwendung notwendig.

Senator Dr. Fehling: Eine größere Freiheit des Jesuitenordens wünscht der Senat nicht. Er hat eine Eingabe des evangelischen Vereins über diesen Punkt zu der seinigen gemacht. Gegen das Ersuchen des Herrn Pastor Ewers hat der Senat nichts einzuwenden. Der Senat hat auch bereits den Bundesratsvertreter angewiesen, nach diesen Grundrissen zu verfahren.

Dr. G. Meyer und Legtmeyer (Wotking) treten für den Antrag ein.

Stellung: Wir werden nicht für den Antrag stimmen, weil wir konsequente Gegner jedes Ausnahmegesetzes sind. Das Jesultengebiet ist ein solches. Sie wissen, daß wir Sozialdemokraten im allgemeinen diese Gesetze bekämpfen, auch dann, wenn sie auf die Seite neigen, unseren Bestrebungen zu schaden. Pastor Ewers sagt allerdings, der gute Glaube des Protestantismus sei so fest, daß er nicht wackele, selbst wenn die Jesuiten ihren Einzug hielten. Wenn Sie so fest davon überzeugt sind, haben Sie keine Ursache, das Ausnahmegesetz bestehen zu lassen. Wir sympathisieren nicht mit den Herren, die diesen Bestrebungen huldigen, aber wir sind aus Prinzip gegen Ausnahmegesetze. Lassen Sie das Gerechtigkeitsgefühl walten und lehnen Sie den Antrag ab.

Der Antrag wird angenommen.  
Beim folgenden Antrag, den Erlass einer Verordnung einer Kurtaxe in Travemünde und Vneversdorf erucht

Wittfoot: Wir werden nicht für den Antrag stimmen, weil wir konsequente Gegner jedes Ausnahmegesetzes sind. Das Jesultengebiet ist ein solches. Sie wissen, daß wir Sozialdemokraten im allgemeinen diese Gesetze bekämpfen, auch dann, wenn sie auf die Seite neigen, unseren Bestrebungen zu schaden. Pastor Ewers sagt allerdings, der gute Glaube des Protestantismus sei so fest, daß er nicht wackele, selbst wenn die Jesuiten ihren Einzug hielten. Wenn Sie so fest davon überzeugt sind, haben Sie keine Ursache, das Ausnahmegesetz bestehen zu lassen. Wir sympathisieren nicht mit den Herren, die diesen Bestrebungen huldigen, aber wir sind aus Prinzip gegen Ausnahmegesetze. Lassen Sie das Gerechtigkeitsgefühl walten und lehnen Sie den Antrag ab.

Grünau bittet in der Einzelberatung, eine einheitliche Kurtaxe in Erwägung zu ziehen, ist aber vorläufig für Annahme der Vorlage.

Senator Rabe entgegnet Wittfoot. Die Senatsfassung bleibt bestehen.

Grünau wünscht, daß diejenigen, die in Travemünde Grundbesitz haben, aber nicht ständig dort wohnen, von der Kurtaxe befreit werden oder wenigstens Erleichterungen genießen.

Zu § 7 hat der Bürgerausschuß verschiedene Änderungen beantragt, denen auch der Senat zustimmt.

Grünau will statt „am 4. Werktage“ gestellt wissen, mindestens am Vormittage des dritten Tages nach der Ankunft zu entrichten.“

Lippert spricht dem Grünauischen Antrag Berechtigung zu. Die Kurtaxe sei erst nach dreitägigem Aufenthalt fällig.

Der Senatsantrag wird mit der Abänderung von Grünau angenommen.

Im § 8 erucht Grünau um den Zusatz: „Sofern er seine Meldepflicht veräußert hat.“ Der Vermieter habe heute keine Kontrolle mehr und könne auch nicht mehr als Selbstschuldner haftbar gemacht werden.

Senator Dr. Fehling sieht eine redaktionelle Änderung nicht als notwendig an. Doch könne eventuell gesagt werden: „sofern er seiner Meldepflicht nicht genügt hat.“

Grünau ist damit einverstanden. Diese Fassung wird genehmigt.

Die ganze Vorlage wird hierauf mit den Abänderungen genehmigt.

Der folgende Antrag lautet: Einplanierung von Lagerplätzen auf der Wallhalbinsel.

Böhs fragt, ob die Abbaggerung der noch vorhandenen Bastion bis zur Günter Brücke unterbleiben soll.

Chlers erucht um Auskunft, ob in Zukunft bei Bränden am Hafen dafür gesorgt sei, daß die Rettungs-werkzeuge herangeschafft werden könnten. Beim letzten Feuer sei es nicht der Fall gewesen. Zur Beruhigung der Bevölkerung sei eine Erklärung seitens des Senats notwendig. Nur ein günstiger Umstand habe größeren Schaden verhütet. Nicht nur die Sprigendampfer müßten durch die Drehbrücke hindurch, auch andere Schlepper könnten notwendig sein, um die Segelschiffe aus dem Gefahrenbereich zu ziehen. In Zukunft dürfe es nicht wieder vorkommen, daß die Feuerstelle nicht erreichbar sei.

Aug. Pape bezweifelt die große Eile der Einplanierung des Platzes und unterstreicht die Ausführungen des Vorredners. Solche Zustände dürften in einem geordneten Betriebe nicht vorkommen. Wenn eine Not für die Herstellung des Platzes nicht vorliege, brauche man diese großen Summen nicht auszugeben. Mit den Arbeiten könnte man bei Arbeitsmangel im Winter beginnen.

Senator Rabe: Die Plätze sind bereits vermietet, deshalb kann eine Unterbrechung der Arbeiten nicht eintreten. Wir haben 20 000 Mk. jährliche Einnahme, für die nur 27 000 Mk. einmalig ausgegeben zu werden brauchen.

Senator Straß: Es wird dafür gesorgt werden, daß sich ähnliche Vorfälle wie beim Brande nicht mehr ereignen.

Schiemann fragt, ob die Plätze der Straße zu belegen nicht maskiert werden sollten. Der Zustand entspreche nicht einem gutem städtischen Bilde.

Senator Rabe: In einem gewissen Sinne wird dem Wunsche des Vorredners Rechnung getragen.

Böhs: Die andere vorspringende Bastion soll doch in den nächsten Jahren ebenfalls abgebagert werden.

Senator Rabe: Ein entsprechender Antrag wird an die Bürgerschaft gelangen.

Dahendererde wünscht auch eine Verbesserung des Stadtbildes an den neuen Lagerplätzen.

Schiemann: Lübeck ist neben der Kaufmannstadt auch eine alte Stadt und erfordert deshalb ein gutes Eingangsbild.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Antrag betr. die Inventarbeschaffung für das Krankenhaus erklärt

Rosenquist: In Sachsen sind bereits Submissionsämter eingerichtet, und auch Preußen geht in dieser Beziehung voran. Das muß auch Lübeck tun, um den Unter- gang des Handwerks hinauszuschieben.

Coleman erucht um Auskunft, wann der Bau fertig wird. Die Verhältnisse im Krankenhaus lassen zu wünschen übrig, namentlich in Bezug auf die Behandlung der Kranken. Da muß Abhilfe geschaffen werden. Die Vorleberschaft des Krankenhauses sollte jetzt schon ihr Augenmerk darauf richten und für Abhilfe sorgen. Ich werde in einer Eingabe die Mängel anführen.

Senator Straß sagt Abhilfe zu.  
Stellung: Ich hätte gleichfalls eine Anzahl Beschwerden über die Zustände im Krankenhaus vorzutragen, werde jedoch denselben Weg beschreiten wie Herr Coleman und sein Material ergänzen.

Der Senatsantrag wird angenommen.  
Der nächste Antrag betrifft die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Schlachthof.

Dr. G. r h: Wir entbehren hier in Lübeck einer größeren Viehhalle, um nicht nur das Schlachtole, sondern auch dasjenige auf dem Durchgang unterzubringen. Der Augenblick für die Errichtung ist jetzt gekommen, denn nach der Vollendung der Segeberger Bahn will man dort eine solche errichten. Die hiesigen Interessenten sind bisher abschlägig beschieden worden.

Senator Straß: In dieser Woche wird den Senat noch eine solche Vorlage beschäftigen.

Der Senatsantrag wird angenommen.  
Beim Antrag betreffend die Erbauung eines Doppelhauses für Forstarbeiter in Israelsdorf hat

Dr. Ziehl gegen den Bau an sich nichts einzuwenden, findet jedoch die Einziehung des Betrages für „unvorhergesehene Ausgaben“ nicht angebracht. Die 10 000 Mk. hierfür hätte man ruhig bis zum nächsten Budget zurückstellen können. Ein anderes Verfahren sei notwendig.

Senator Dr. Fehling: Das Finanzdepartement wies schon vor Monaten auf die Dringlichkeit hin, man war sich aber über den Platz im unklaren. Abtrags wurden vom Voranschlag des Gebäudes 20 Proz. gestrichen.

Hent (Wittfoot): Durch diese Vorlage werden der Israelsdorfer Gemeinde wieder Lasten aufgebürdet. Sollten daher einmal Anträge auf Übernahme der Armenlasten kommen, müssen Sie diesen zustimmen. Neubauer bedauert ferner die Verunzierung des Bildes durch die Natur.

Senator Dr. Fehling: Das Forsthaus sieht überaus schmuck aus; eine Beeinträchtigung ist auch sonst nicht zu bemerken.

Der Antrag wird angenommen.  
Der nächste Senatsantrag lautet: Vorarbeiten zur Erschließung von Grundwasser zur Förderung von Grundwasser.

Klein bemängelt, daß für Probebohrungen auf der Bogelgangswiese und in der Wateniß 23 000 Mk. an einen auswärtigen Unternehmer ausgegeben sind. Die hiesigen Meister sollten bevorzugt werden.

Senator Straß sagt Prüfung der Angelegenheit zu.  
Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Antrag betr. die Bedingungen für die Lieferung von Gas und Elektrizität durch die städtischen Gemeindeanstalten weist

Senator Fr. Ewers auf die langjährigen und langwierigen Beratungen über diese Frage hin. Gewiß würde jeder im Rathaus Sitzende gern die möglichst niedrigsten Preise festgelegt sehen, doch dürfe nicht aus den Augen gelassen werden, daß Gas und Elektrizität eine Hauptertragsquelle des Staats bildeten, mit der unbedingt gerechnet werden müsse. Deshalb könne nicht jeder Wunsch berücksichtigt werden. Ein Ausnahmeausfall von 120 000 Mk. sei zu erwarten, er müsse zum Teil durch vermehrten Verbrauch wieder eingebracht werden, andernfalls sei eine Abwälzung auf die Einkommensteuer nicht zu umgehen. Was der Senat hier der Bürgerschaft entgegenbringe, sei das Äußerste, weiter zu gehen sei er nicht in der Lage. Redner geht dann im einzelnen auf die Berechnungen von Schack ein, die er als zu günstig aufgenommen bezeichnet und erucht um Annahme der Senatsvorlage.

Aug. Pape: Es sind jetzt zwei Jahre her, daß die Vorlage liegt, und trotzdem ist eine Ermäßigung nicht in Betracht gezogen, im Gegenteil, eine Verteuerung des Gaspreises ist das Produkt. Die Verwaltungsbehörde hat uns keine Unterlage für das zu erwartende Defizit gegeben. Herr v. Schack hat seine Berechnungen auf einen Mehrverbrauch von 10 Proz. gestützt, während nach einem Bericht von Essen dort ein Mehrverbrauch von 26 Proz. erzielt worden ist. Unser Unternehmen wird keinesfalls nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet, kam es doch vor, daß ein Verbraucher 17 Mark zuviel bezahlte. Er bekam das Geld zurück, mußte jedoch 22 Mk. Unkosten für die Untersuchung bezahlen. Unter keinen Umständen darf den Gewerbetreibenden und Handelstreibenden ein höherer Preis als 12 1/2 Pfg. gestellt werden, zählt man doch in Schwerin selbst nur 11 Pfg. Dabei können hier die Kohlen noch günstiger bezogen werden. Die Gewerbe- und Handelstreibenden tragen so die meisten Lasten, und hier sollen sie wieder bluten. Eine bedeutende Erweiterung des Abnehmerkreises ist unbedingt geboten, sind doch von 10 000 Häusern noch nicht die Hälfte mit Gas versehen. Genau so steht's mit der Elektrizität. Auf keinen Fall darf hier der Preis höher sein als in der Umgegend. Ich bitte um Annahme der Kommissionsvorschläge. (Bravo!)

v. Schack: Gewiß sind einige Zahlen vielleicht nicht genau. Sie neigen aber nicht zugunsten der Senatsseite hin, sondern nach meiner. Die Steigung des Gewinns nimmt von Jahr zu Jahr zu. Herr Direktor Haase rechnet bei einem Preis von 14 Pfg. einen Mehrverbrauch von 20 Prozent heraus, und ich bei 13 Pfg. nur 10 Prozent. Da kann man doch nicht sagen, meine Aufstellung sei zu rosig hingestellt. Wie kommt dann der Senat zu einem Ausfall von 800 000 Mk.? Bei einem Gewinn von nur 1 Pfg. beim Bezug vom Hochofenwerk erwächst uns im Jahre 1914 eine Einnahme von 300 000 Mk. Nimmt die Bürgerschaft den Kommissionsantrag an, ergibt sich allerdings ein Ausfall von 175 000 Mk. In diesem Fall dürfte die Ermäßigung jedoch erst am 1. April 1913 in Kraft treten. Haben wir so lange gewartet, kommts auf diese Zeit auch nicht mehr an. Seit 30 Jahren hat der Staat das Monopol ganz unbehört ausgenutzt. Würde ein Privatmann 200 bis 300 Proz. Gewinn fordern, würde man ihm Wucher und zwar mit Recht vorwerfen. Ein anderer Herr hat die hiesigen Gaspreise als Apothekerpreise bezeichnet. Die Gasanstalt ist die melkende Kuh für unsere Finanzen gewesen, die Opfer haben die Geschäftsleute gebracht, denen man die Gewerbesteuer aufgebürdet hat. Daher rührt auch die große Unzufriedenheit. Die verbende Kraft für den Abfall liegt in der Preisherabsetzung, nach diesem Prinzip muß jeder Geschäftsmann handeln und nach diesem Grundsatz gibt auch Herr Direktor Haase sein Gutachten ab, der überhaupt zu unseren Gunsten gesprochen hat. Optimismus kann mir ebenso wenig vorgeworfen werden wie Unbescheidenheit. Unsere 10 000 Wohngebäude bergen 25 000 Haushaltungen, von denen nur der vierte Teil mit Gas versorgt ist. Dabei kann mit einer Vermehrung von 50 oder 100 Proz. gerechnet werden. Ebenso verhält es sich mit dem billigeren elektrischen Strom, für den wir 50 Pfg. bezahlen sollen, während die Umgegend ihn für 45 Pfg. erhält. Bei allem vom Senat Vorgebrachten fehlt die verbende Kraft.

Senator Ewers kann zu seinem Bedauern ein weiteres Entgegenkommen nicht zulassen. Die Bürgerschaft habe seit 30 Jahren die Preise für gut gehalten und damit gerechnet. Eine Steigerung, wie Herr v. Schack sie glaubt, sei nicht in Aussicht.

Aug. Pape (zur Geschäftsordnung): Nachdem der Senat erklärt hat, daß er ein weiteres Entgegenkommen nicht geben könne, ist das Verhandeln zwecklos.

Dräger glaubt, daß in einem Jahre der Verbrauch stärker wird und daß dieser von Jahr zu Jahr wachsen werde. Er beantragt deshalb eine jährliche Festlegung des Gaspreises auf 14, 13,5 und 13 Pfg. für das Kubikmeter und für Elektrizität 50, 45, 40 Pfg. für die Kilowattstunde.

Buchwald tritt für Kommissionsberatung ein, um doch zu einer Verständigung zu gelangen. Der Senat stehe in einer sehr günstigen Lage; werde keine Einigung erzielt, müßte wieder jahrelang mit den alten Preisen gerechnet werden. Der Senat rechne allerdings einen Ausfall von 800 000 Mk. heraus, Herr v. Schack nur 111 000 Mk. Dem Senat müsse man doch auch Glauben schenken.

H. Thiel: Die Vorlage, wie sie ist, und die Art und Weise ihrer Einbringung schafft große Erbitterung, die weiter freffen und Schäden bringen wird, wenn sie angenommen würde. Das Entgegenkommen des Senats, 120 000 Mark einzubüßen, ist anerkennenswert, trotzdem ist die Vorlage unsozial. Von der Elektrizitätsabhebung von 65 Pfg. auf 50 Pfg. haben hauptsächlich Private Nutzen, die Gewerbetreibenden nicht. Die Großbetriebe können sich dadurch schützen, daß sie sich den Strom selbst beschaffen. Genau so ungerecht steht beim Gas. Prinzipiell bin ich Gegner eines Einheitspreises, obwohl dieser in der Anlage Ersparnisse bringt. Die Gasindustrie hat unlegbare Fortschritte im Beleuchtungswesen gemacht, Siegerin wird darin allerdings die Elektrizität werden. Der Geschäftsmann ist daher Verbraucher von Kraftgas, dem es nicht durch einen Einheitspreis verteuert werden darf. Wir treten doch alle für die Erziehung der Hand- durch Maschinenarbeit ein; diese wird durch die Verteuerung des Kraftgases und des Stromverbrauchs unterbunden. Daß der Geschäftsmann hierbei wieder getroffen wird, diesen Sprung mache ich nicht mit. Eine natürlichen Entwicklung kann sich auch der Senat auf die Dauer nicht widerlegen. Die Kommission sollte eine Differenzierung des Preises zwischen Privat- und Gewerbetreibenden prüfen, und ferner auch, ob nicht die Doppelstufelung für Heizung und Licht angebracht ist und nur auf Wunsch eine einheitliche Anlage errichtet wird.

Jenne steht in einer Kommissionsberatung keinen Vorteil. In dem einen Punkt sind wir alle einig, auch der Senat; daß die Preise für Gas und Elektrizität übertrieben hoch sind. Ein Beschluß der Bürgerschaft muß heute auf alle Fälle herbeigeführt werden und diesen wird sich der Senat wohl genau ansehen. Der Einfluß des Gaspreises auf unser Budget ist von uns allen erkannt. Alle angestellten Berechnungen sind vergebens, weil sie nicht zutreffen. Der Gedanke, die Ermäßigung erst am 1. April 1913 eintreten zu lassen, ist sehr gut, nicht minder der von Dräger vorgebrachte, dadurch würde unser diesjähriges Budget nicht berührt. Vor allem ist aber zu berücksichtigen, daß der Senat bis jetzt ein Entgegenkommen nicht gezeigt hat. Im Gegensatz zu Herrn Thiel bin ich Anhänger des Einheitspreises. Dieser bricht sich in den verschiedensten Städten immer mehr Bahn. Der Erlös für Gas sinkt mehr und mehr, er betrug nacheinander 14,64, 14,56, 14,46 Pfg. und wird weiter sinken, sodas er doch in absehbarer Zeit unter 14 Pfg. betragen wird. Deshalb müssen wir heute schon danach trachten, ihn unter 14 Pfg. herabzudrücken. Nach Belieben den Tarif einzuführen, wie Herr Thiel wünscht, würde für die Verwaltung nur Schaden bringen. Im übrigen ist alles, was ich ich sage, schon tausendmal gesagt worden. Um Gas wird bei einem Preis von 14 Pfg. pro Kubikmeter 8 Pfg. verdient, bei einem Elektrizitätspreis von 45 Pfg. 30 Pfg. pro Kilowattstunde. Ich bitte für Gas 13 Pfg. und für Elektrizität 45 Pfg. zu fordern.

Rosenquist: Das Kleingewerbe ist in keiner Weise berücksichtigt. Ein Äquivalent sollte geschaffen werden, wie es der Senat versprochen hat. Alle unsere Gesetze kommen den Herren recht's zugute.

Wie wünscht eine Vermittlung zwischen Senat und Bürgerschaft. 13 Pfg. für Gas könnte auch der Senat zustimmen, jeder weitere Pfennig weniger würde für den Staat von Schaden sein, und eine neue Steuer im Gefolge haben. Die Berliner Gesellschaft hatte auf Wunsch den Gaspreis ermäßigt, sie machte aber den Fehler, den die Bürgerschaft zu machen im Begriff steht, sie blieb auf halbem Wege stehen. Dadurch sank ihre Dividende, die erst wieder die alte Höhe erreichte, als ein Einheitspreis eingeführt wurde. Die Werberkräfte des billigen Gas- und Strompreises ist überall hervorragend eingetreten. Diese Lehren können wir beherzigen. Die Denkschrift des Herrn Direktors Haase ist ganz vorzüglich. Wenn die Bürgerschaft den Senat erucht, ihrem Wunsche zu entsprechen, wird es für alle von Vorteil sein.

Hoff: Troghem der Senat sich der gewünschten Billigung gegenüber ablehnend verhält, dürfen wir dieser Stellungnahme nicht Rechnung tragen und den Preis auf 14 Pfg. festlegen. Ich bin der Meinung, daß eine Kommission nichts mehr ändern kann. Alle in die Debatte gebrachten Momente sind schon verschiedene Male vorgebracht worden. Eine neue Kommission wird keinen anderen gangbaren Weg finden. Die Vorlage ist, wie Herr Thiel ausführte, unsozial, deshalb wenden auch wir uns gegen den Senatsantrag. Die Gewerbetreibenden wurden durch die Gewerbesteuer belastet und sollen nun durch Erhöhung der Betriebskosten weiter belastet werden. Wird ein Einheitspreis von 13 Pfg. geschaffen, steigert sich auch der Konsum. Die Verwaltungsbehörde hat bisher keine Reklame gemacht und doch würden belehrende Vorträge im Bürgertum und bei der Arbeiterschaft fördernd für den Gasverbrauch wirken. Bei einem Preis von 14 Pfg. würden wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Redner zitiert eine Auslassung des Direktors Haase bei der Beratung des Anschlusses an die Kokerel des Hochofenwerkes, nach der eine Steigerung des Verbrauchs sicher in Aussicht stehe. Diese Konsumsteigerung hat jetzt schon stattgefunden und wird sich weiter steigern. Wenn der Senat sieht, daß die Bürgerschaft geschlossen für einen Preis von 13 Pfg. pro Kubikmeter eintritt, wird er sich auf die Dauer dem nicht verschließen können. Wir stehen einmal vor dieser Tatsache, deshalb bitten wir den Senatsantrag abzulehnen und dem Antrag Schack zuzustimmen.

v. Schack stellt einen Irrtum des Senators Ewers richtig und wendet sich gegen Drägers Antrag, dem die verbende Kraft fehle. Nur durch eine einmalige kräftige Herabsetzung könne eine Wirkung erzielt werden. Kommissionsberatung sei nur dann von Nutzen, wenn der Senat seine Bereitwilligkeit für eine weitere Ermäßigung kund gebe. Sonst habe alles Gerede keinen Wert. Des Pudels Kern liege gerade im Einheitspreis, der eine Vereinfachung in der Verwaltung und in der einfachen Anwendung der Gasmesser mit sich bringe. Der Antrag Aug. Papes sollte angenommen werden.

Dr. G. r h glaubt bei einer Kommissionsberatung am besten zu fahren; es seien so viele Anträge gestellt, daß deren Beratung heute unmöglich sei. Ein Kompromiß könne den meisten Erfolg im Kleinen Kommissionskreis zeitigen.



**Wahl** müssten in die Kommission ganz neue Herren gewählt werden, keine, die schon der bisherigen angehört hätten.

Dr. v. Brocken beantragt Schluß der Debatte, die angenommen wird.

Kommissionsberatung wird hierauf mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Stellung (zur Geschäftsordnung): Ich halte es nicht für zulässig, daß während der Abstimmung Herren zum Vorkommen aufgefordert werden. Wenn das Verfahren eingeführt werden soll, muß es immer zulässig sein. Bisher war dies nicht der Fall.

Dr. G. Örg: Die Abstimmung wurde ja noch einmal vorgenommen.

Aug. Pape bedauert, daß nach den Äußerungen des Wortführers Kommissionsberatung angenommen wurde. Bei der Autorität und dem Einflusse des Wortführers sei das nicht verwunderlich.

Ziele pflichtet Stellung bei. Von Rechts wegen müßten die Herren den Saal wieder verlassen und die Abstimmung sollte wiederholt werden.

Stellung: Ich konstatiere, daß zuerst abgestimmt wurde. Darauf kamen die Herren herein und dann wurde nochmals abgestimmt. Das ist verfehlt. Bei der Abstimmung sollte getlingelt werden. Ich werde aus diesem Verfahren die Schlußfolgerung ziehen und bei nächster Gelegenheit auch so verfahren lassen.

Dr. G. Örg: Ich habe nicht gewußt, daß die Herren draußen waren (Zwischenruf Stellung). Herr Stellung, ich habe das Wort. Sie haben still zu sein, wenn ich spreche. (Stellung: Ganz wie im preussischen Abgeordnetenhaus.)

Wortführer Dr. G. Örg ruft Stellung zur Ordnung. Ziele glaubt, daß der Wortführer zugunsten der Majorität die Abstimmung durchdrücken wollte.

Dr. G. Örg (äußerst erregt): Sie sollten mir keine solchen Motive unterschieben. Ich bin stets für die Minorität eingetreten. Es lag mir völlig fern, die Abstimmung zu beeinflussen. Ich weiß gar nicht, wer an der Tür gestanden hat.

Dr. v. Brocken erhebt Widerspruch gegen den Vorwurf der Parteifärbung des Wortführers.

Dr. Wenda will den Vorfall nicht unwidersprochen lassen. Es liege ein Mißverständnis auf der gegnerischen Seite vor, der Wortführer habe ganz korrekt gehandelt. Herr Dr. G. Örg habe die Abstimmung unterbrochen und gebeten, Platz zu nehmen.

Chlers: Der bedauerliche Fall würde nicht so viele Erregung verursacht haben, wenn die Majorität nicht bloß eine Stimme betragen würde. Bei der Gewerbesteuerabstimmung wurde ich vom Diener nicht mehr hereingelassen, trotzdem die Abstimmung noch nicht im Gange war. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich habe damals tief bedauert, nicht anwesend sein zu können, um so mehr, als die Abstimmung namentlich war. Für mich war der Vorgang peinlich. Heute wurde nicht richtig gehandelt, die Tür blieb offen und die Herren konnten hereinkommen. Herr Dr. Wenda sagt, es sei korrekt gehandelt; nein, ganz verkehrt ist verfahren, nur wer am Platze ist, darf abstimmen.

Dr. G. Örg: Die beiden Fälle lassen sich nicht vergleichen; es wurde korrekt verfahren, daran halte ich fest.

Kosenquist unterstützt Chlers Ausführungen und bestätigt, daß auch seine Kollegen seinerzeit nicht mehr in den Saal durften.

In die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages, betr. Verbesserung der Fahrverbindungen nach dem Brimall wurden gewählt: Wendfeldt, Coleman, Grünau, Biehl, Söhmann.

Die Wahl für die Gas- und Elektrizitätspreiskommission zeitigte dies Ergebnis: Schack, Ehler, A. Pape, Kosenquist, Buchwald, Heise und Dräger.

Schluß 10 Uhr 25 Min.

## Gemeinschaftsbewegung.

Die **Strassenbahner Königsbergs** stehen im Streik. Sie sind bis auf den letzten Mann organisiert und fordern im wesentlichen Verkürzung der Dienstzeit und Aufbesserung des Lohnes. Die Streikbahn wurde im Jahre 1910 von der Stadt an die A. G. B. verpachtet. Direktor ist der frühere freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Crüger-Königsberg, der bis zur Verpachtung in städtischen Diensten stand und die Strassenbahn leitete. Crüger ist im Abgeordnetenhaus wiederholt auf die traurige Lage der preussischen Eisenbahner eingegangen; im Jahre 1905 trat er öffentlich für die streikenden Bergarbeiter ein. Später gehörte er der „Demokratischen Vereinigung“ an. In seinem jetzigen Vertriebe geht er gegen die Angestellten in folgender Weise „demokratisch“ vor. Ein Ukas der Direktion im Depot der Strassenbahn lautete: Der Arbeiterauschuss der Strassenbahner fordert unter Mißbrauch seines Amtes in einer gegen das Gesetz verstoßenden Weise zum Streik auf. Wir machen das Fahrpersonal darauf aufmerksam, daß 1. der Vertragsbruch im Strassenbahnbetriebe strafrechtlich verfolgt wird; 2. daß mit den vertragsbrüchigen Angestellten ein neuer Vertrag nicht geschlossen wird und 3. diese alle nach dem Gesetz des Anspruchs auf Ruhegeld und dergleichen verlustig gehen. 4. Agitieren wird mit Entlassung bestraft. 5. Für die Mitschuldigen ist für keinen Schutz geplant. In der Versammlung der Strassenbahner wurde dieser Tagesbefehl, der dazu bestimmt ist, die Angestellten einzuschüchtern, mit scheinbarer Heiterkeit aufgenommen. So wandelt sich ein „freisinniger“, „demokratischer“ Politiker.

**Lohnbewegung der Maschinenisten und Heizer auf Königsberger Re-bereichen.** Die Maschinenisten und Heizer bei den Rebereichen Wische und Keimer (zu Mont u. Voitel) und G. Fehner haben Lohnforderungen eingereicht. Die Arbeitsverhältnisse sind dort sehr miserabel. Maschinenisten und Heizer müssen den ganzen Tag (innerhalb 24 Stunden) sich den Unternehmern zur Arbeitsleistung zur Verfügung halten. Die tägliche Arbeitszeit beginnt in der Regel schon morgens 2 Uhr mit Schleppen und Bugieren und endet abends 1/2 8-8 Uhr, so daß eine reguläre Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden und länger zu verzeichnen ist. Sonntags

müssen dann noch Passagierfahrten gemacht werden. Die Nachtruhe fällt meistens vom Sonnabend zum Sonntag weg, weil die Boote klar und die Maschine sauber gemacht werden müssen, um zum Ausflugsverkehr bereit zu sein. Eine Vergütung für Überstunden und Sonntagsarbeit gibt es nicht. Der Monatslohn für Maschinenisten beträgt 110 bis 180 Mk., für die Heizer 50 bis 65 Mk. Bei der Firma G. Fehner haben die Maschinenisten nicht einmal einen Heizer. Auf den Booten von Wische und Keimer sind meistens Heizer im Alter von 15-18 Jahren beschäftigt. Alle 14 Tage sind neue Heizer auf den Dampfern, so daß die Maschinenisten meistens mit neuen Leuten arbeiten müssen. Aus alledem ist zu ersehen, daß die Forderungen nach Regelung der Arbeitszeit, Vergütung von Überstunden und Sonntagsarbeit nur zu berechtigte sind. Angebote der Rebereichen Wische und Keimer und G. Fehner sind zurückzuweisen.

**Gluc Differenz im Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.** Im Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe ist es zu einer kleinen Unstimmigkeit gekommen, die anscheinend von der bürgerlichen Presse gegen die Bauarbeiterverbände ausgeklüchtet werden wird. Die „Kölnische Zeitung“ wenigstens schreibt schon über „Sozialdemokratische Treue“ und kritisiert das Verhalten des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes. Der Tatbestand ist folgender: Das Zentralschiedsgericht hatte nach einer kleinen Krise in der Besetzung der Unparteiischen Ausgang des Monat März nach vorheriger Rückfrage mit den Parteien eine Sitzung angesetzt. Diese Sitzung konnte wegen einiger neu eingetretenen Schwierigkeiten nicht stattfinden und es sollte nunmehr Mitte Mai das Schiedsgericht zusammentreten. Der Zimmererverband gab rechtzeitig am 24. April dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts bekannt, daß seine Vertreter im Monat Mai geschäftlich verhindert seien, an der Beratung des Schiedsgerichts teilzunehmen. Der Unternehmerverband aber drang anscheinend darauf, daß die Sitzung im Mai absolut stattfinden müsse. Der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, gab sich alle Mühe, um die Sitzung zustande zu bringen. Der Zimmererverband erklärte insbesondere, daß es nicht etwa böser Wille von ihm sei, sondern daß eben geschäftliche Rücksichten ihn dazu zwängen, die Sitzung zu einer anderen Zeit zu beantragen. Als trotzdem das Schiedsgericht zum 13. Mai nach Berlin die Sitzung ansetzte, erschienen Vertreter des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes nicht. Außer den Unparteiischen hatten sich nur Vertreter des Unternehmerverbandes und Vertreter der christlichen Bauarbeiter eingefunden, so daß in Verhandlungen nicht eingetreten werden konnte. Die Geschäftsordnung des Schiedsgerichts ist bisher so gehandhabt worden, daß immer erst nach vorheriger Verständigung aller Parteien die Sitzungen festgesetzt wurden. Auch auf die Unternehmer ist wiederholt Rücksicht genommen worden, wenn sie wegen geschäftlicher Verhinderung an in Aussicht genommenen Sitzungen nicht teilnehmen konnten. Die Arbeitervertreter können sich dem Diktum des Unternehmerverbandes nicht ohne weiteres fügen, sie müssen auch für sich das gleiche Recht verlangen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Von der deutschen Kasernenkultur.** Der Unteroffizier Joseph Parzevall vom 11. Infanterie-Regiment, ein Kapitulant, war vom Kriegsgericht der 6. bayerischen Division zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er Untergebene vorchriftsmäßig behandelt hatte. Da sowohl der Verurteilte als auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt hatten, kam die Sache vor das Oberkriegsgericht. Der Unteroffizier ließ am Nachmittag des 8. März dieses Jahres vier Soldaten, die schon am Vormittag eine längere und anstrengende Übung gemacht hatten, übermäßig lang Laufschrift machen. Danach mußten die Leute 100 Mal „Gewehr aufwärts strecken und kniebeugen“, ferner mußten die Leute längere Zeit mit Gewehr vorwärts strecken stehen. Wenn auch einer verreckt, das ist mir Wurst“ schrie der Soldatenschinder den leuchtenden Leuten zu. Hundert Schritte entfernt, stand der die Aufsicht führende Offizier. Als die vier Leute derart ermittelbar waren, daß sie die ihnen zugemuteten Übungen nur unter größter Anstrengung nachdürftig machen konnten, ließ der Stellvertreter Gottes die Soldaten auf allen vieren 30 Meter weit kriechen. Der Soldat Radelbeck der im 2. Jahre dient, brach dabei zusammen, er mußte ins Lazarett geschafft werden und konnte nur dadurch, daß man die künstliche Atmung betrieb und Kampferinjektionen machte, am Leben erhalten werden. Jetzt schwebt gegen den Soldaten das Dienstuntauglichkeitsverfahren. Seinen Beruf als Maurer wird der Bedauernswerte bestimmt nicht mehr ausüben können. Das Gericht hob das Urteil der Vorinstanz auf und erhöhte die Strafe auf vier Monate Gefängnis. Der Anklagevertreter hatte sechs Monate und Degradation beantragt mit der Motivierung, daß Gericht solle zeigen, daß es ihm ernst sei mit der Ausmerzung der Soldatenschinderei.

## Aus Nah und Fern.

**Schweres Unglück.** Der D-Zug Berlin-Schneidemühl ist zwischen Jechow und Zantoch in eine auf dem Gleise beschäftigte Arbeiterkolonne hineingefahren. Ein Vorarbeiter und zwei Arbeiter gerieten unter die Räder des Zuges und waren auf der Stelle tot. Sie waren einem Güterzug ausgewichen und auf das Nebengleise getreten, auf dem im gleichen Augenblicke der D-Zug heranbraute.

**Die Macht der Presse.** Wer etwa noch an der Macht der Presse gezweifelt hat, wird vielleicht durch folgende Notiz in einem Wochenblatt eines Besseren belehrt: „Infolge Raummangels mußte eine Anzahl Geburten und Todesfälle auf die nächste Woche verschoben werden.“

**Nach dem Genuß von Fischfotelettes** sind 162 Mann vom sächsischen Jägerregiment Nr. 12 in Meß unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. 58 Mann wurden ins Lazarett gebracht, 104 liegen im Revier; Lebensgefahr besteht bei keinem.

**Familiendrama.** Dienstag wurden der Schreiner Franz Baur, seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 7

und 1 1/2 Jahren in Stuttgart durch ausstrebendes Gas betäubt in der Küche aufgefunden. Der Mann war bereits tot. Die Frau und die beiden Kinder wurden ins Krankenhaus gebracht. Das jüngste Kind starb nach kurzer Zeit, die Mutter und das älteste Kind schweben ins Lebensgefahr. Ein unheilbares Leiden soll die Unglücklichen zu dem Schritt veranlaßt haben.

**Eine Lagerstätte des diluvialen Menschen entdeckt.** Bei Znam in Mähren wurde unter der Erde eine gut erhaltene Feuerstätte des diluvialen Menschen aufgedeckt. Die ringsum mit Feuersteinen ausgelegte Stätte hat einen Durchmesser von einem halben Meter bei einer Tiefe von einem viertel Meter. Die Ausgrabungen sollen fortgesetzt werden, so daß wahrscheinlich noch ganz bedeutende Funde ans Licht kommen, die einen Schluß auf die Lebensweise des Urmenschen zulassen.

**Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten** fand am Sonntag bei dem Gauturnfest in Gai bach bei Wschaffenburg statt. Etwa vierzig Mann und zwei Unteroffiziere des Wschaffenburg Jägerbataillons wurden in später Abendstunde plötzlich von Dorfburschen mit Maskebomben bombardiert. Die Jäger zogen blank, worauf die Dorfburschen Schüsse mit Revolvern und den inzwischend herbeigeholten Jagdflinten abgaben. Auf beiden Seiten sind zahlreiche Verletzungen vorgekommen. Das Garnisonkommando Wschaffenburg sandte später den Bedrängten Verstärkung, worauf der Festplatz völlig geräumt wurde.

**Unfall.** Bei einer Weerdigung in dem Gebirgsdörfchen Rudolfswaldau bei Schweidnitz hatte der Trauerzug eine Holzbrücke zu passieren, die über einen Bach führte. Als das Trauergefolge sich auf der Brücke sammelte, brach diese zusammen, wodurch mehr als fünfzig Personen ziemlich tief abstürzten und zahlreiche Verletzungen erlitten.

**Brandunglück.** In der Nacht zum Montag wurden in dem Dorfe Scheidgen bei Köln durch ein Großfeuer zwei Bauerngehöfte eingeeäschert, wobei 1 Frau, 1 Kind und 1 Knecht verbrannten. Der Akerer Luz und sein Bruder wurden lebensgefährlich verletzt. Eine große Anzahl Vieh fiel ebenfalls dem Feuer zum Opfer.

**Hauseinsturz.** In Herisau im Kanton Appenzell stürzte ein Haus, das gehoben werden sollte, ein. Drei Arbeiter wurden von den Trümmern erdrückt. Man befürchtet, daß noch mehr Leichen unter den Trümmern liegen.

**Autounfall.** Ein Automobil, in dem sich der Oesterreicher Johann Wertheim mit zwei französischen Rentnern befand, hat sich auf der Fahrt nach Paris von Laferre im Walde von Meaux an einer abschüssigen Stelle über Schlaglen. Wertheim und einer der Rentner blieben auf der Stelle tot; der dritte Insasse ist leicht verletzt worden.

**Erdrutsch.** Auf der „Gutehoffnungsgrube“ bei Herstal erfolgte ein Erdrutsch, wobei zwei Bergleute verschüttet wurden. Der eine war bereits tot, als er zutage gefördert wurde, während der andere kurz nach seiner Einlieferung in das Spital starb.

**Getötet.** Ein Arbeiter der Elektrizitätswerke in Loul verstauchte durch eine Kellerruke ins Freie zu gelangen. Als er mit dem Kopfe eine elektrische Leitung berührte, wurde er auf der Stelle getötet. Ein anderer Arbeiter, der die Leiche seines Kameraden entfernen wollte, kam ebenfalls mit der Leitung in Berührung und war sofort tot.

**Töblicher Unfall des Herzogs von Cumberland.** Der Herzog von Cumberland ist, wie aus Friesack (Westhavelland) verlautet, gestern abend 8 Kilometer von Friesack entfernt im Automobil gegen einen Baum gefahren. Der Herzog und sein Diener sollen schwere Schädelbrüche erlitten haben und sofort tot gewesen sein. Der Chauffeur soll mit leichten Verletzungen davonkommen sein. Nach einer anderen Version soll der Insasse nicht Herzog Ernst August, sondern sein Sohn Georg Wilhelm gewesen sein.

**100 000 Mark unterschlagen.** Die American Express Company in Berlin schickte zwei Rassenboten nach der Dresdner Bank, um 100 000 Mark abzuholen. Als sie das Geld abgehoben hatten, erklärte der eine der Boten, Haase, er müsse dringend austreten. Sein Begleiter begab sich inzwischen entgegen der Instruktion nach der Reichsbank. Als er nach kurzer Zeit wieder in der Dresdner Bank eintraf, war Haase mit dem Geld verschwunden.

## Literarisches.

**Mit Rückack und Wanderstab.** Unter diesem Titel erschienen soeben eine von Jürgen Brand verfasste Broschüre, die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend von Deutschland herausgegeben ist. Die Schrift handelt von Jugendwandern, das gegenwärtig so recht im Schwange ist. Aber sie handelt von einer besonderen Art des Wanderns. Die Wanderungen, die von der arbeitenden Jugend unternommen werden, sollen der körperlichen Erholung und der geistigen Erfrischung dienen. Dazu bedarf es des vernünftigen Wanderns. Dieses Wandern aber ist eine Kunst, die gelernt sein will. In diese Kunst die arbeitende Jugend einzuführen, ist der Zweck der Schrift. Ihr Erscheinen dürfte besonders von den Funktionären der proletarischen Jugendbewegung begrüßt werden, deren Aufgabe es ist, kleine und große Wanderungen zu veranstalten. Die Broschüre enthält eine Fülle praktischer Winke und Ratschläge für alle die Arbeiter, die die Organisation und die Leitung einer Wanderung sowie die Ausrüstung der Wanderer erheischen.

Im Interesse der Förderung vernünftiger Jugendwanderungen wäre zu wünschen, daß die kleine Schrift in die Masse der arbeitenden Jugend dringe. Dafür sollten unsere Jugendausschüsse Sorge tragen. Die Broschüre kostet 20 Pfg. und ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.  
Verleger: F. H. Schmarz, Druck: Friedr. Wener u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Siegerin

allerfeinste Sahnen-Margarine, der beste und übertrieben feinste Ersatz für  
**Molkereibutter.**

Überall erhältlich

66ste Auszeichnung der  
Brandt:  
**Goldene Medaille**  
und Ehrenpreis  
Neuzeitliche Ausstellung für  
Bäckerei, Konditorei und  
verwandte Gewerbe  
Stuttgart 1911  
**Goldene Medaille**  
Internationale Erzeugnis-  
Ausstellung Dresden 1911.

# Palmato

allerfeinste vorzüglich haltbare  
**Pflanzenbutter**

Margarine, ein hervorragendes Nahrungs-  
und Genußmittel.  
Alleinige Fabrikanten:  
**H. E. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.**